



Pandemische politische Ökonomie: Zur kapitalistischen Verarbeitung der Corona-Krise

**Autor*innenkollektiv Governance,
Demokratie, Solidarität**

**Autor*innen: Emma Dowling,
Benjamin Opratko, Ulrich
Brand, Tobias Boos, Antje
Daniel, Ayse Dursun, Jörg
Flecker, Malte Kleinschmidt,
Mathias Krams, Dirk Lange,
Karin Liebhart, Julian
Niederhauser, Isabella
Radhuber, Birgit Sauer,
Cornelia Staritz**

IfS Working Paper 02/2023

Editorial team:

Annalena Mittlmeier, Monika
Mühlböck, Christina Siegert

[https://www.soz.univie.ac.at/ueber-uns/rising-scholars/ifs-working-papers/
10.25365/phaidra.391](https://www.soz.univie.ac.at/ueber-uns/rising-scholars/ifs-working-papers/10.25365/phaidra.391)

Eine Initiative der
Rising Scholars

Inhalt

1.	Einleitung.....	2
1.1.	Corona-Krise als Kreuzungspunkt.....	2
1.2.	Argument und Struktur des Papers.....	5
2.	Der Globalisierungswiderspruch der Pandemie.....	6
2.1.	Effekte der Pandemie auf den globalen Handel.....	8
2.2.	Politische Bearbeitung der Pandemie-Effekte	9
2.3.	Ausblick und mögliche Alternativen.....	10
3.	Verschärfte Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft	11
3.1.	Auseinandersetzungen um Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit	12
3.2.	Verschärfung von Prekarisierungstendenzen	13
3.3.	Selektive Reaktivierung der Sozialpartnerschaft.....	14
3.4.	Problematische Rückkehr zur Tagesordnung	15
4.	Umkämpfte Transformationen der sozialen Reproduktion	16
4.1.	Haushalte in der Corona-Krise.....	16
4.2.	Die Krise im Pflegesektor.....	17
4.3.	Kurzfristige Reparaturen ohne langfristige Lösungen.....	18
5.	Grenzregime und Migrationsgesellschaft	21
5.1.	Intensivierte Stigmatisierungen – Gefährliche Orte und rassistische Zuschreibungen	22
5.2.	Intensivierte Nekropolitiken – Von der Brutalisierung des Grenzregimes.....	25
6.	Krisendynamiken der Demokratie und Tendenzen der Autoritarisierung.....	27
6.1.	Die einsame Stunde der Exekutive schlägt nicht.....	28
6.2.	Expertisierung der Politik	29
6.3.	Techno- und Biopolitik	30
7.	Widerspruch durch Protest und widersprüchliche Proteste.....	31
7.1.	Wer sind die Corona-Protestierenden?.....	35
7.2.	Nichts Neues und doch präsent: Kapitalismuskritik als Teil von Verschwörungsnarrativen	36
8.	Ökologische Krise und konkurrierende Politiken zur Bearbeitung der Corona-Pandemie	38
8.1.	Szenarien der Bearbeitung der ökologischen Krise im Kontext der Covid-19-Pandemie	39
8.2.	Ausblick.....	41
9.	Fazit und Schlussfolgerungen	43
9.1.	Fliehkräfte politischer Entfremdung	44
9.2.	Emanzipatorische Alternativen	45
9.3.	Dynamiken zukünftiger Entwicklungen.....	46
	Literaturverzeichnis.....	48

Pandemische politische Ökonomie: Zur kapitalistischen Verarbeitung der Corona-Krise

Autor*innenkollektiv Governance, Demokratie, Solidarität¹

1. Einleitung

In diesem Working Paper skizzieren wir, wie sich im Zuge der Covid-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung politisch-ökonomische Spannungen und Widersprüche entfalten, Konfliktlinien und Blockaden ergeben und wie diese bearbeitet werden. Wir gehen davon aus, dass sich die durch die Pandemie ausgelöste Krisendynamik mit anderen, teilweise schon länger existierenden Krisendynamiken verbindet, und untersuchen, inwiefern es dabei zu Verschiebungen, Vertiefungen oder Repolitisierungen im Feld einer multiplen Krise kommt. Wir stellen systematisch konzeptionelle und empirische Querverbindungen zwischen einzelnen Krisendynamiken her, um sie in ihren Wirkungen besser einschätzen zu können und die Fragen zu behandeln, die dieses Papier grundlegend anleiten: Entstehen aus der Corona-Krise und ihren Bearbeitungsformen Konturen einer neuen Konfiguration kapitalistischer Entwicklung? Und in welchem Verhältnis stehen diese zu Kontinuitäten oder Vertiefungen bestehender Arrangements? Wir nähern uns diesen Fragen über Analysen in sieben Politikfeldern. Zunächst wollen wir jedoch einige konzeptionelle Überlegungen voranstellen, die unseren spezifischen Zugriff auf diese Felder nachvollziehbar machen sollen.

1.1. Corona-Krise als Kreuzungspunkt

Auch wenn in der Vergangenheit immer wieder desaströse Epidemien aufgetreten sind, so weist die Covid-19-Pandemie doch eine Reihe historischer Besonderheiten auf. Neu ist das rasante Tempo, in dem sich das Virus über sämtliche Kontinente ausbreitete. Die Materialität des Virus, allen voran die Möglichkeit der präsymptomatischen Übertragbarkeit, trifft hier auf die Globalisierungstendenz der Zeit-Raum-Kompression (Sigler et al., 2021; Harvey, 1989). Während vorherige Epidemien oder wirtschaftliche Krisen mehr oder minder auf regionale Brennpunkte beschränkt blieben, ist die Corona-Krise eine durch und durch globale Erscheinung. Sie betrifft das Alltagsleben der gesamten Erdbevölkerung und fordert sämtliche Regierungen heraus (Tooze, 2021; Roth, 2022). Aus eben

¹ Das Autor*innenkollektiv besteht aus Mitgliedern des Forschungsschwerpunkts Governance, Demokratie, Solidarität der Fakultät für Sozialwissenschaften und des Arbeitsbereichs Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien. Wir sind: Emma Dowling, Benjamin Opratko, Ulrich Brand, Tobias Boos, Antje Daniel, Ayse Dursun, Jörg Flecker, Malte Kleinschmidt, Mathias Krams, Dirk Lange, Karin Liebhart, Julian Niederhauser, Isabella Radhuber, Birgit Sauer, Cornelia Staritz. Wir danken der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien für finanzielle Unterstützung.

diesem Grund offenbart sie in besonderem Maße zum einen die inter- sowie innergesellschaftlich höchst ungleiche Verteilung von Vulnerabilitäten – entlang der Nord-Süd-Achse sowie Geschlechter-, Klassen- und rassifzierten Linien verlaufend –, zum anderen aber auch die weit auseinanderklaffenden staatlichen Handlungskapazitäten, um das Infektionsgeschehen einzudämmen und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abzufedern (Berkhout et al., 2021; Lessenich, 2020).

Eine weitere historische Besonderheit der Corona-Krise ist die weitverbreitete Erwartungshaltung an den Staat, vermeidbaren Verlust von Leben nicht zu dulden. Regierungen sahen sich fast überall dem Druck ausgesetzt, dem Infektionsschutz eine Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen einzuräumen. Massenquarantäne in unterschiedlichen Variationen („Lockdowns“) schränkten das öffentliche und wirtschaftliche Leben zeitweise erheblich ein, wodurch Regierungen grobe wirtschaftliche Verwerfungen in Kauf nahmen – von der Unterbrechung von Lieferketten und Dienstleistungen über stockende Investitionsflüsse bis hin zur staatlich induzierten Unterkonsumptionskrise (Lapavitsas, 2020). Um diesen Verwerfungen zu begegnen, wurden in den Ländern des globalen Nordens nicht nur langjährige wirtschafts- und währungspolitische Dogmen wie die staatlichen Schulden-„Bremsen“ zugunsten eines „Not-Pragmatismus“ (Urban, 2020) außer Kraft gesetzt. Es wurden auch, neben unmittelbaren wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen, umfassende Investitionspakete lanciert, die sich als wegweisend für die wirtschaftliche Entwicklung nach der Corona-Krise erweisen könnten (Hacker, 2020; Smith, 2021). Wir stehen also, so unsere Ausgangsbeobachtung, mit der Corona-Krise an einem gesellschaftlichen Kreuzungspunkt (Dörre, 2020; Brand, 2020).

Wir verwenden den Begriff „Corona-Krise“ in einem umfassenden Sinn. Krisen können aus dieser Perspektive auf ihre materiellen, epistemischen und politischen Dimensionen hin untersucht werden. In ihrer materiellen Dimension sind Krisen Unterbrechungen integrierter Kreisläufe und der in ihnen eingelagerten sozialen Verhältnisse (Demirović et al., 2011, S. 11–12). Sie werden subjektiv erfahren als Disruptionen des Alltags: Handlungsrouninen funktionieren nicht mehr, Erwartungshorizonte verlieren ihre Geltung (Haug, 2010). Die Corona-Krise ist zweifellos eine solche materielle Krise: Insbesondere zu Beginn der Pandemie drohten exponentiell steigende Infektionszahlen in vielen Ländern des globalen Nordens die Kapazitäten des Gesundheitssystems zu überlasten, oder sie überlasteten sie tatsächlich; eine Situation, die sich in Ländern des globalen Südens im Kontext von weniger ausgebauten und stark unterfinanzierten Gesundheitssystemen noch viel drastischer darstellte. Social-Distancing-Maßnahmen und damit verbundene Einschränkungen des Wirtschaftslebens ließen die materielle Dimension der Corona-Krise auch für jene erfahrbar werden, die nicht selbst an Covid-19 erkrankten, Infizierte behandeln oder betreuen mussten. Sie führten zu

einer globalen Rezession, die sich (regional und branchenspezifisch sehr unterschiedlich) als materielle Krise der sozialen Reproduktion auswirkte.

Krisen weisen zugleich eine epistemische Dimension auf. Schon die Benennung eines Ereignisses oder Zustands als „Krise“ ist ein diskursiver Akt, der ein Krisenphänomen sagbar macht und ihm eine moralisch aufgeladene Dringlichkeit erteilt (vgl. Roitman, 2013, S. 94; Walby, 2015, S. 17). Die Deutung einer Krise ist stets umkämpft, wobei Regierungen, politische Parteien, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Medien und Wissenschaft eine wichtige Rolle spielen. Widersprüche und Spannungen, die im Normalbetrieb wenig Beachtung finden, können im Kampf um Krisendeutungen sichtbar gemacht werden (Morin, 1984, zitiert in Wieviorka, 2012, S. 95ff.). In der Corona-Krise trifft dies etwa auf die Rolle „systemrelevanter“ (besser gesagt: „lebenswichtiger“), häufig feminisierter und/oder migrantisierter Arbeit zu (Friedrich & Scholz, 2021). Erfahrungen der krisenbedingten Desorientierung können dazu führen, dass Akteur*innen bisherige Leitvorstellungen bzw. Verfahrensweisen hinterfragen und sich infolgedessen für Alternativen öffnen (Sum & Jessop, 2013; Jessop, 2015). Dass, ob und wie etwas als Krise bezeichnet und behandelt wird, hängt auch davon ab, welche Ursachen identifiziert werden und welche Gegenmaßnahmen legitim erscheinen. Im Fall der Corona-Krise hat sich – zumindest im herrschenden Krisenmanagement – die Sichtweise durchgesetzt, dass es sich um einen „exogenen Schock“ handelt, also eine Störung, deren Ursachen außerhalb des Gestaltbaren liegen. Kritische Deutungsweisen verorten die Pandemie demgegenüber im globalen kapitalistischen Verwertungszusammenhang: Die Zerstörung von tropischen Wäldern und Feuchtgebieten sowie die industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung erhöhen die Gefahr von Zoonosen, die in einer globalisierten Welt wiederum günstige Ausbreitungsbedingungen vorfinden. Demnach sei die Covid-19-Pandemie nichts Äußerliches, sondern Symptom eines gestörten sozial-ökologischen Verhältnisses (u. a. Wallace, 2020; Corona-Monitor, 2021).

In ihrer politischen Dimension schließlich sind Krisen zugleich Momente der Schockstarre und kontingenter Entscheidungen, die oftmals vor der Krise als undenkbar erschienen. Die unmittelbare Krisenreaktion – sei dies ein Set politischer Maßnahmen oder schlicht Nichthandeln – hat weitreichende Folgen nicht nur für den weiteren Verlauf der Krise, sondern für die künftige gesellschaftliche Entwicklung als Ganzes. Politisch-strategisch zeichnen sich Krisen somit durch eine zeitliche Verdichtung aus: Aus Sicht der Regierenden, Verbände, Medien und anderen erfordert sie ein Krisenmanagement, das der materiellen Tiefe der Krise angemessen ist und eine rasche Rückkehr zur Vor-Krisen-Normalität ermöglicht. Für oppositionelle Akteur*innen hingegen eröffnet fehlerhaftes Krisenmanagement die Möglichkeit, binnen kurzer Zeit das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis in erheblichem Maß zu ihren Gunsten zu verschieben und entweder Zugeständnisse einzufordern oder gar die Weichen für einen alternativen Entwicklungspfad zu stellen (Debray, 1973).

Das gilt für unterschiedliche politische Richtungen. Diese Unbestimmtheit in einer Situation notwendiger Entscheidung kann auch als Anlass instrumentalisiert werden, um Ressourcen für bereits seit längerem gehegte Projekte bereitzustellen (Mirowski, 2014). Wie eine Krise verläuft und was aus ihr folgt, ist also nicht einfach durch das objektive Ausmaß ihrer Verwerfungen vorherbestimmt. Wesentlich sind der Kampf um die Krisendeutung sowie das Handeln politischer und gesellschaftlicher Akteur*innen. Materielle, epistemische und politische Dimensionen spielen immer zusammen.

Widersprüche brechen nicht nur krisenhaft auf, sondern werden mitunter politisiert, etwa wenn Akteur*innen aus Pfaden der Kompromissfindung ausbrechen, ihre Interessen jenseits der Kompromisse zu artikulieren und diese gegen Widerstand durchzusetzen versuchen. Vormalig eingehetzte Interessengegensätze werden so zu offen ausgetragenen Konflikten. Schwindet in Teilen der Gesellschaft die Bereitschaft, sich an etablierte Formen der Interessenvermittlung zu halten, bzw. verlieren tradierte Formen der Widerspruchsbearbeitung ihre Wirksamkeit, können Widersprüche und daran ansetzendes soziales Handeln auch zu Angelpunkten für gesellschaftliche Veränderung und die Institutionalisierung neuer Bearbeitungsformen werden – mit offenem Ausgang (Hay, 1999; Hall, 1979). Während der Corona-Krise wurden an vielen Orten bestehende Arrangements, Entwicklungspfade und Kompromisskonstellationen infrage gestellt, was die Frage aufwirft, wie diese Dynamik das „ständige Sich-Bilden und Überwunden-Werden instabiler Gleichgewichte“ (Gramsci, 1991ff., S. 1561) zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Interessen verändert. In welchen Bereichen entsteht aus der Krise grundlegend Neues, wo verhilft die Krise bereits länger existierenden, aber bislang nicht dominanten Dynamiken zum Durchbruch? In welchen Bereichen überwiegen Kontinuitäten zur Prä-Covid-Welt? Wie schätzen wir die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein, die in den verschiedenen Bereichen ausgetragen werden? Entwickeln sich aus der Corona-Krise und ihren Bearbeitungsformen neue Formen kapitalistischer Entwicklung?

1.2. Argument und Struktur des Papers

Um diese Fragen zu verfolgen, stellen wir drei Arbeitshypothesen auf: Erstens handelt es sich in der aktuell ausgehandelten und umkämpften Bearbeitung der Corona-Krise um eine Beschleunigung gesellschaftlicher und politischer Prozesse, die sich jedoch räumlich und zeitlich verschieden ausprägen. Zweitens werden in der Corona-Krise schwelende gesellschaftliche Spannungen oder Widersprüche, Verwundbarkeiten und Ungleichheiten sowie Konflikte zugespitzt und dadurch besonders sichtbar. Drittens untersuchen wir die Corona-Krise als Kreuzungspunkt, von dem unterschiedliche Pfade gesellschaftlicher Entwicklung abzweigen können.

Als mehrheitlich in Österreich lebende Wissenschaftler*innen fokussieren wir vorwiegend auf die Krisenbearbeitung in Österreich – als Teil des EU-Mehrebenensystems – sowie internationale Politiken

jenseits der EU. Nur in einem Abschnitt, nämlich dem zu Migrationspolitik, wird, neben einer Diskussion der Situation an den EU-Außengrenzen, die Analyse anhand empirischer Beispiele aus Deutschland vorgenommen. Insgesamt fragen wir nach den sozio-ökonomischen Kräften, Diskursen und politischen Projekten, welche zentral sind für die Formulierung und Durchsetzung konkreter Politiken. Komplexer werden die in diesem Working Paper aufgeworfenen Themen und Fragen, wenn die dramatischen politischen Entwicklungen im Zuge des Krieges der russischen Regierung und des Militärs gegen die Ukraine berücksichtigt werden. Doch dazu wären eigenständige und systematische Reflexionen notwendig, die wir hier nicht leisten konnten.

Konkret behandeln wir Krisen- und Konfliktdynamiken in folgenden Feldern: (1.) globale Ökonomie; (2.) Arbeitswelt; (3.) soziale Reproduktion und Geschlechterverhältnisse; (4.) Grenzregime und Migrationsgesellschaft; (5.) neue Protestbewegungen; (6.) Demokratie und Autoritarisierung und (7.) gesellschaftliche Naturverhältnisse. Am Ende des Papers setzen wir bereichsspezifische Dynamiken ins Verhältnis zu übergreifenden Tendenzen, stellen Verbindungslinien her, die in den Diagnosen und Krisenpolitiken oft unterschätzt werden und wagen einen Ausblick auf kommende Entwicklungen.

2. Der Globalisierungswiderspruch der Pandemie

Die Corona-Krise hat weitreichende Fragen hinsichtlich der globalen Wirtschaftsordnung aufgeworfen. Die Erfahrung der Krisenanfälligkeit globaler ökonomischer Kreisläufe und der Probleme bei der Versorgung mit kritischen medizinischen Produkten führte gerade zu Beginn der Pandemie dazu, dass von einigen Beobachter*innen das Ende der Globalisierung ausgerufen wurde (für einen Überblick vgl. Deuerlein, 2021; Butollo, 2020; Butollo & Staritz, 2022). Vor allem in politischen Debatten blieb jedoch oft unbestimmt, welche ökonomischen und politischen Verflechtungen mit „Globalisierung“ eigentlich gemeint sind.

Das ist kein neues Phänomen. Seit jeher mangelt es dem oft normativ aufgeladenen Begriff „Globalisierung“ an definitorischer Präzision: Al-Rodhan (2005) listet nicht weniger als 114 unterschiedliche Definitionen von Globalisierung auf. Auch empirisch bleibt oft schwer bestimmbar, welche Aspekte innerhalb der komplexen und multiskalaren globalen Verflechtungen als Globalisierung zu werten sind. Ein Beispiel: Regionalisierung ist nicht zwangsläufig ein gegensätzlicher Trend zu Globalisierung; Prozesse der regionalen Konzentration von Produktion können innerhalb der Logiken globaler Warenketten stattfinden. Trotz dieser Komplexitäten verlief die Diskussion zu Beginn der Pandemie entlang der Frage, ob die Pandemie zu einer De-Globalisierung führen, das business as usual beibehalten werde, oder sogar eine Vertiefung der Globalisierung zu erwarten sei.

Eine erste These prognostizierte Veränderungen hin zu einer De-Globalisierung (Irwin, 2020; Haass, 2020). Die Pandemie wurde aus dieser Perspektive als Beschleunigung einer bereits seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 bestehenden „Krise der Globalisierung“ interpretiert, die mit Begriffen wie „Slowbalisation“ (The Economist, 24.01.2019) umschrieben wurde. Als Grund für diese Tendenz wurde nicht nur die Störungsanfälligkeit globaler Warenketten, die sich in der Corona-Krise erneut zeigte, hervorgehoben. Weitere Treiber wurden in schon länger bestehenden ökonomisch und technisch induzierten Veränderungen wie Automatisierung und Digitalisierung ausgemacht. Dies führt zu einem Bedeutungsverlust von Lohnkostenunterschieden und könnte daher Offshoring in „Billiglohnländer“ weniger bedeutend machen. Weitere Veränderungen betreffen die Verschiebung der Lohnkostenstruktur, die die Lohnunterschiede zwischen dem globalen Norden und manchen Ländern im globalen Süden (wie China) reduziert, sowie die Ausdifferenzierung von Endmärkten (Butollo, 2020; Kinkel, 2020). Besondere Bedeutung wird in dieser These Veränderungen im Welthandelsregime beigemessen, die im Zusammenhang mit einer Verschiebung der geopolitischen Kräfteverhältnisse, mit wettbewerbspolitischen, aber auch klimapolitischen Zielsetzungen stehen (Raza, 2020; Oberndorfer, 2020; Dullien, 2021). Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 setzen sich ein zunehmender wirtschaftspolitischer Interventionismus und die Renaissance von strategischer Industriepolitik, in den USA und der EU vor allem im Kontext neuer digitaler und grüner Wachstumspotenziale, fort (Rodrik, 2008; Mazzucato, 2013; Pianta et al., 2016; Eder & Schneider, 2018). Neben der Stärkung internationaler Wettbewerbsfähigkeit stehen nun auch die Sicherstellung der Versorgung mit kritischen Produkten und damit einhergehende Debatten zu Resilienz von globalen Warenketten sowie Near- und Reshoring im Zentrum (Raza et al., 2021).

Gegensätzlich zu dieser These geht eine zweite Position davon aus, dass es zwar zu Restrukturierungen globaler ökonomischer Prozesse kommen werde, aber nicht zu einer prinzipiellen De-Globalisierung. Die Ballung von Produktionskapazitäten und Fähigkeiten in schwer zu substituierenden Clustern sowie die Orientierung auf kurzfristige Effizienzgewinne würden solch eine Veränderung hemmen. Restrukturierungen können unterschiedlich verlaufen – hin zu weniger globalen und stärker regionalen Ketten, aber auch hin zu stärkerer Globalisierung durch die globale Diversifizierung der Zulieferer und noch effizienteren und flexibleren Lieferketten. Digitale Technologien, einschließlich des Einsatzes künstlicher Intelligenz, können die Bedeutung globaler Warenketten erhöhen, da es leichter wird, die global verteilte Produktion zu steuern und zu kontrollieren (Butollo, 2020).

Die Debatte über diese widersprüchlichen Tendenzen von Globalisierung und De-Globalisierung im Kontext der Covid-19-Pandemie fokussierte meist auf den internationalen Handel und globale Warenketten – erst später gerieten Bereiche wie Finanzmärkte, Rohstoffmärkte oder Migration und

globale Impfregime in den Blick. Daher fokussieren wir im Folgenden auf globale Handelsverflechtungen, bevor wir kurz auf internationale Finanzflüsse und Rohstoffpreise eingehen.

2.1. Effekte der Pandemie auf den globalen Handel

Schon die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 führte zu einer Reduktion der internationalen Handels- und Investitionsströme (Cattaneo et al., 2010; Antràs, 2020). Dieser Rückgang hat stark mit der veränderten Rolle Chinas zu tun. Obwohl China weiter Knotenpunkt globaler Warenketten bleibt, haben der Binnenkonsum sowie der Aufbau eigener Leitunternehmen zugenommen. Ziel ist, weitere technologische Entwicklung voranzutreiben, wie vor allem in der Made in China 2025-Strategie zu sehen ist (Schmalz, 2018).

Intraregionaler Handel und Regionalisierung haben ebenfalls seit der Krise 2008/09 zugenommen (Lund et al., 2020). Globaler Handel hat aber vor allem in Europa und Ostasien immer schon einen hohen Anteil an intraregionalem Handel aufgewiesen. Für die EU gilt, dass im Jahr 2014 fast die Hälfte der Warenketten vollständig innerhalb des EU-Raums verlief (Stöllinger et al., 2018), und bei einem durchschnittlichen europäischen Land stammten im Jahr 2017 etwa 65 % der in den Exporten verwendeten importierten Vorleistungen aus einem anderen europäischen Land (UNCTAD, 2018). In Lateinamerika und der Karibik kamen jedoch nur 26 % der in den Exporten verwendeten importierten Vorleistungen aus der Region, in Afrika sogar nur 11 % (ebd.).

Die Struktur des internationalen Handels ist seit 2008/09 stärker polyzentrisch, wobei sich der Fokus auf Asien – was die Produktion sowie den Konsum betrifft – verschiebt (Horner & Nadvi, 2018). Globale Produktionszusammenhänge bleiben allerdings generell sehr bedeutend. Es ist kein Ende der globalen Produktion oder keine De-Globalisierung in Sicht, allerdings kann eine „Slowbalisation“, also eine Verlangsamung der Globalisierung, bestätigt werden (Lund et al., 2019, S. 5; Butollo & Staritz, 2022).

Diese Prozesse bilden die Vorläufer zu den Entwicklungen während der Covid-19-Pandemie. In deren Folge kam es zu angebots- und nachfrageseitigen Schocks (Baldwin & Freeman, 2020). Lieferungen von Rohstoffen, Komponenten und Endprodukten blieben aus, und es kam sowohl zu Einbrüchen bei der Nachfrage nach bestimmten Produkten als auch zu Nachfragesteigerungen bei anderen, etwa bei Schutzmasken. In der ersten Phase standen Lieferengpässe aufgrund der weitgehenden Stilllegung der Produktion in China im Vordergrund, während die wirtschaftlichen Verwerfungen in der späteren Phase auf die diversen Lockdowns in anderen Weltregionen zurückgingen und intraregionale Störungen wesentliche Ursache von Lieferengpässen waren (Butollo, 2020). Neben der veränderten Nachfragestruktur spielten auch politische Interventionen in Form von temporären Handelsbeschränkungen eine Rolle: Fast 90 Länder, darunter Deutschland und Japan, sowie die EU-

Kommission führten seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie mehr als 230 zeitlich beschränkte Restriktionen von Exporten ein (WTO, 2020; Butollo & Staritz, 2022).

Der Verlauf der Covid-19-Pandemie zeigte nicht nur die geografische Abhängigkeit von Produktionsketten, sondern vor allem die Probleme und Risiken einer auf kurzfristige Effizienz orientierten Just-in-time-Produktion. Ein Teilaspekt dieser Problematik ist die verbreitete Praxis des Single Sourcing. Damit ist die Konzentration auf Schlüssellieferanten zur Reduktion von Transportkosten und Lieferzeiten sowie Preisen aufgrund hoher Bestellvolumina gemeint (Petersen, 2020; Butollo, 2020). Nicht nur globale, sondern auch regionale Warenketten waren mit Störungen im Kontext von Just-in-time-Produktion konfrontiert (Butollo, 2020). Diese „effizienten“ und „flexiblen“ Sourcing-Beziehungen führten während der Corona-Krise auch zu einer Abwälzung der Risiken von Leitunternehmen an Zulieferfirmen. Unter Berufung auf höhere Gewalt, sogenannten Force-Majeur-Klauseln in Verträgen mit Zulieferfirmen, verweigerten etwa große Modefirmen die Bezahlung ausstehender Rechnungen in Höhe von bis zu 16 Milliarden US-Dollar in den ersten drei Monaten der Covid-19-Pandemie und übten Druck auf Preise und Zahlungszeiten aus (Anner, 2020).

Im Kontext dieser Störungen hat die Pandemie zu einer größeren Sensibilität für einseitige Abhängigkeiten von globalen Zulieferfirmen und -regionen in bestimmten Produktgruppen geführt und politische Debatten bezüglich der Resilienz von globalen Warenketten verstärkt (vgl. Raza et al., 2021). Mittelfristige Folgen der Krise könnten aber auch sein, dass Entscheidungen von Leitfirmen nicht stärker resilienz-, sondern stattdessen (kurzfristig) effizienzorientierter ausfallen. Eine Antwort auf die Krise in zentralen Sektoren wie Bekleidung und Elektronik scheint zumindest vorerst ein verstärkter Fokus auf kurze Lieferzeiten und Flexibilität und die Verwendung von digitalen Technologien zu sein – und kein grundsätzlicher Rückbau von Just-in-time-Produktion (siehe Butollo & Staritz, 2022).

2.2. Politische Bearbeitung der Pandemie-Effekte

Die politische Bearbeitung der Pandemie-Effekte fiel unterschiedlich aus. In den USA gibt es eine größere politische Veränderung seit der Trump-Regierung. Diese Neuausrichtung wird großteils unter Präsident Joe Biden weitergeführt und setzt stärker auf Re- oder Nearshoring, vor allem bei Hochtechnologieproduktion im Kontext des Wettbewerbs mit China. Die EU verfolgt auch neue Politiken wie den European Green Deal, die neue Industriestrategie und im Kontext der Pandemie den Next Generation EU-Aufbauplan, die Strategic Investment Facility und das Foreign Investment Screening. Ebenso haben sich Debatten um (offene) strategische Autonomie verstärkt, um Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren sowie die Produktion und Versorgung mit kritischen Gütern und Dienstleistungen unabhängiger zu organisieren. Diese Politiken beinhalten stärker interventionistische Elemente (vor allem in Bezug auf kritische medizinische Produkte und in

Hochtechnologiebereichen), bleiben aber einer markt- und wettbewerbszentrierten Ausrichtung treu, die dem europäischen Integrationsprojekt zugrunde liegt (Berger & Soder, 2021; Raza, 2020).

Auf progressiver Seite gab es zunächst die Hoffnung, die Corona-Krise zum Anlass zu nehmen, Alternativen zum bestehenden internationalen Handelsregime in Stellung zu bringen. Schließlich spielte „De-Globalisierung“ als Programmatik – im Sinne von Wirtschaftsmodellen, in denen Marktbeziehungen den sozialen Beziehungen und Werten von Gemeinschaft, Solidarität und Gleichheit unterworfen werden (Bello, 2004; 2013) – eine wichtige Rolle in der globalisierungskritischen Bewegung und ist bis heute ein wichtiges Schlagwort in Debatten um globale Gerechtigkeit. Allerdings zeigte sich in der Pandemie, dass progressive Stimmen eine marginale Rolle in handelspolitischen Themen spielen. Selbst zentrale Projekte wie die von Indien und Südafrika vor der Welthandelsorganisation (WTO) angestoßene Trips Waiver Initiative (TWI) blieben bisher erfolglos (Oberndorfer & Prausmüller, 2021; WTO, 2020).²

2.3. Ausblick und mögliche Alternativen

Zusammengenommen zeigt sich für die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Verflechtungen einer globalisierten Wirtschaft vor allem eine Vertiefung von Tendenzen, die bereits vor der Pandemie sichtbar wurden. Der aktuell noch weiter verschärfte geopolitische Kontext und Veränderungen in der Handels- und Industriepolitik könnten aber sehr wohl zu stärkeren Verschiebungen von globalen Warenketten führen. Die (De-)Globalisierungsdebatte leidet aber darüber hinaus an einem Bias: Die Veränderungen globaler Verflechtungen (und ihre Auswirkungen) werden oft aus der Perspektive des globalen Nordens gedacht. Dabei stehen die Beziehungen zu China im Vordergrund – vor allem der USA, aber auch der EU. Ausgehend vom globalen Süden zeigt sich aktuell die Verstärkung von Abhängigkeiten, strukturellen Interdependenzen und Ungleichheiten infolge der Pandemie. Zur aktuellen Bearbeitung der Auswirkungen der Pandemie müssen sich viele Länder im globalen Süden weiter verschulden. Durch die so ansteigende Verschuldung besteht mittelfristig die Gefahr, dass durch die Corona-Krise finanzielle und politische Abhängigkeiten weiter zunehmen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass die globale Verschuldung 2021 und in den Folgejahren bei 99 % liegen wird (IMF, 2021, S. 1). Während in Ländern des globalen Nordens die Zentralbanken u. a. die Leitzinsen gesenkt haben, um die Finanzierung der Pandemiefolgen zu ermöglichen, sind viele

² Die TWI fordert eine zeitweise Aussetzung der Eigentumsrechte der Impfpatente, solange die Pandemie andauert. Mittlerweile unterstützen über 100 Regierungen diese von Indien und Südafrika angestoßene und von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen kampagnisierte Initiative, darunter auch die USA und Frankreich. Das Europäische Parlament hat für eine Resolution gestimmt, die dazu aufruft, in Verhandlungen bzgl. der zeitweisen Aussetzung einzutreten. Trotzdem sprach sich der Rat der Europäischen Union unter Führung der deutschen Regierung weiterhin gegen die TWI aus (Council of the European Union, 2021; EP, 2021; WTO, 2021).

Länder des globalen Südens mit Beschränkungen bei möglichen Kreditaufnahmen konfrontiert (IMF, 2021).

Die Kredit- und Schuldenproblematik wird noch verstärkt durch das strukturelle Problem der globalen Arbeitsteilung: Viele Länder des globalen Südens sind zur Bedienung ihrer in ausländischen Währungen notierten Schulden darauf angewiesen, Devisen durch den Export von Rohstoffen oder Komponenten und Assembly-Tätigkeiten in globalen Warenketten zu lukrieren. Die volatilen Rohstoffpreise im Zuge der Covid-19-Pandemie haben darüber hinaus zentrale Effekte auf rohstoffabhängige Länder (Tröster & Küblböck, 2020).³ Die kurzzeitige Unterbrechung globaler Handelsströme traf diese Länder besonders und verstärkt zusammengekommen mit der Schuldenproblematik bestehende welthandelspolitische Tendenzen, bei denen Länder des globalen Südens stark auf Exportorientierung setzen. Diese stehen progressiven Bemühungen wie etwa einer stärker regionalen Organisation von Produktion, einer gerechteren globalen Impfstoffverteilung und der Abschwächung sozio-ökonomischer Folgewirkungen der Pandemie entgegen.

Damit sich der Kreuzungspunkt Corona-Krise (s. o.) nicht nur als Fortschreiten auf bekannten Pfaden darstellt, ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Angesichts der Klimakrise und der ungleichen Verteilung von Wert(-schöpfung), Kosten und Risiken in globalen Warenketten und der globalen Ökonomie braucht es eine wesentlich umfassendere Diskussion über Politiken für zukunftsfähige sowie sozial und ökologisch gerechte Produktionsweisen. Veränderungen im Bereich der EU-Handelspolitik durch eine neue Generation fairer Handelsabkommen wären auch zentral, um Handlungsspielräume für Länder des globalen Südens zu erhöhen, die durch die Covid-19-Pandemie eingeschränkt wurden.⁴

3. Verschärfte Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft

Die Covid-19-Pandemie und die gegen sie ergriffenen Maßnahmen lösten eine Wirtschaftskrise aus, welche neben den Verwerfungen der Globalisierung auch die Widersprüche und Spannungen der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft deutlicher sichtbar werden ließ und erheblich verschärfte. Die bisher latenten und nunmehr manifesten und zugespitzten Problemlagen wurden aber nur sehr selektiv Gegenstand einer bewussten Bearbeitung, welche zudem unter Bedingungen höchst einseitiger gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse erfolgte. Einen wichtigen Hintergrund bilden hier der

³ Die Rohstoffpreise fielen zu Beginn der Corona-Krise in diversen Sektoren stark. So fiel der HWWI-Rohstoffpreisindex im April 2020 um 49 % im Vergleich zum Vorjahr (World Bank, 2020). Dieser Trend hat sich mittlerweile umgekehrt. So stiegen einige Rohstoffpreise bereits im Jahr 2020 stark an, und einige Forscher*innen prognostizieren einen neuen Supercycle auf den Rohstoffmärkten (Home, 2021; Dietz, 2021).

⁴ <https://www.anders-handeln.at/>.

ökonomische und sozialstaatliche Zwang zur Lohnarbeit für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sowie die mehrheitliche subjektive Orientierung an einer normativen Pflicht zur Erwerbsarbeit (Offe, 1984), obwohl einer großen Zahl an Gesellschaftsmitgliedern der Zugang zur Erwerbsarbeit oft verwehrt wird. Insofern eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer mit Erwerbsarbeitslosigkeit verbunden ist, besteht also ein Widerspruch der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft.

3.1. Auseinandersetzungen um Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit

Wenige Jahre vor der Corona-Krise wies Österreich eine Rekordarbeitslosigkeit auf, die es seit der Nachkriegszeit nicht mehr erlebt hatte. Aber erst durch die Krise erhielt die mangelhafte finanzielle Absicherung in der Erwerbslosigkeit größere Aufmerksamkeit. Das in Österreich vergleichsweise niedrige Arbeitslosengeld wurde in der Öffentlichkeit nun relativ breit als Problem angesprochen, da ja so viele zugleich und „unverschuldet“, wie es nun im Unterschied zu anderen Zeiten hieß, den Job verloren hatten. Schließlich gingen im März und April 2020 in Österreich innerhalb von wenigen Wochen mehr als 200.000 Arbeitsplätze verloren (Schönherr, 2021). Die Forderung nach einer Anhebung des Arbeitslosengeldes traf aber auf Widerstand. Zu sehr setzt die Arbeitsmarktpolitik auf den ökonomischen Zwang, der zudem in den letzten Jahrzehnten in Übereinstimmung mit dem Konzept des „fordernden“ Sozialstaats (Mätzke, 2011) durch häufiger gewordene Sanktionen (Sperrung des Arbeitslosengeldes) im Einzelfall gesteigert wurde. Entsprechend blieb die Besserstellung der Erwerbslosen auf Einmalzahlungen und die befristete Angleichung der Notstandshilfe an das Niveau des Arbeitslosengeldes beschränkt. Die Auseinandersetzung über die Versorgung erwerbsloser Personen hält angesichts der Risse in der vorherrschenden ideologischen Sicht der „Selbstverschuldung“ jedoch an. Sie wird nicht nur im Hinblick auf die Höhe des Arbeitslosengeldes, sondern auch auf einer allgemeineren Ebene geführt, wie die deutliche Wiederbelebung der Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen (Prainsack, 2020) zeigt. Dennoch hat sich die Bearbeitung des grundlegenden Widerspruchs zwischen der Pflicht zur Erwerbsarbeit und dem Mangel an angemessenen Arbeitsmöglichkeiten nicht wesentlich geändert: Die Individualisierung des Problems und die Stigmatisierung der Betroffenen waren nur für diejenigen suspendiert, die offensichtlich wegen der Corona-Maßnahmen erwerbslos wurden. Und dass der Arbeitsmarkt für spezifische Personengruppen systematisch nicht (oder nur für kurze Phasen) „funktioniert“, wird politisch kaum aufgegriffen, obwohl sich zeigt, dass die große Zahl an Kündigungen und die späteren Neueinstellungen eine Selektion zuungunsten aller benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt bewirkte (Bock-Schappelwein et al., 2021a). Damit hat die Corona-Krise eine Situation verschärft, die schon vorher bestanden hatte: Im Jahr 2017 nahmen in Österreich beispielsweise nur 16 % der Unternehmen Personen im Alter von über 50 Jahren auf und nur 13 % der Unternehmen solche mit

gesundheitlichen Einschränkungen (Eppel et al., 2020). Was die Selektionswirkung der Arbeitskräftenachfrage und ihre Verschärfung betrifft, sprechen die Arbeitsmarktdaten eine deutliche Sprache: Im Oktober 2021 war mehr als die Hälfte, nämlich 54 %, der Arbeitssuchenden im Alter von mehr als 45 Jahren langzeitarbeitslos, sie suchten also schon länger als 12 Monate eine Stelle. Unter den gesundheitlich beeinträchtigten Arbeitssuchenden betraf dies sogar 62 % (AMS, 2021).

3.2. Verschärfung von Prekarisierungstendenzen

Dass sich die Widersprüche der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft im Jahr 2020 weiter verschärften, lässt sich nicht nur an diesen Tendenzen zur Ausgrenzung ganzer Gruppen ablesen. Auch wenn die Bedeutung der Erwerbsarbeit in den Jahrzehnten davor eher noch zunahm, kam es zugleich zu einem tiefgreifenden Wandel der Beschäftigungsformen und der Chancen der gesellschaftlichen Inklusion über Erwerbsarbeit. Dies wird schon länger unter dem Stichwort der Prekarisierung analysiert und kritisiert (Castel, 2000; Castel & Dörre, 2009; Standing, 2011). Damit ist gemeint, dass die materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die symbolische Anerkennungsordnung das Versprechen der Lohnarbeitsgesellschaft im Sinne von Robert Castel (2000) für eine wachsende Zahl von Arbeitenden nicht mehr einlösen, dass nämlich im Fall eines Beitrags zur Gesellschaft in Form von Erwerbsarbeit mit sozialer Inklusion gerechnet werden kann. Zunehmend unsichere Beschäftigung und die Ausweitung des Niedriglohnssektors ließen die Zone der sozialen Verwundbarkeit anwachsen. Zugleich wirken die Veränderungen an den Rändern verunsichernd auf den relativ gesicherten Kern der Arbeitsgesellschaft zurück.

Die Corona-Krise verschärfte diese Entwicklung. So wurden Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung der vertieften Segmentierung des Arbeitsmarktes nicht gerecht: Nachdem sich das Instrument der Kurzarbeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bewährt hatte (Ghosheh & Messenger, 2013), wurde nun ein Teil der Arbeitsplätze, die durch die Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie bedroht waren, damit gesichert. Die Maßnahme griff aber nur in bestimmten Segmenten des Arbeitsmarktes und bei Beschäftigungsverhältnissen auf Basis von Dienstverträgen. In Arbeitsmarktsegmenten mit schon bisher hoher Flexibilität sowie für atypische Beschäftigungsformen stand diese Art der staatlichen Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung nicht zur Verfügung bzw. wurde nicht in Anspruch genommen. Damit stieg die Erwerbslosigkeit drastisch an, obwohl zugleich hunderttausende Personen in Kurzarbeit waren.

Während die Auseinandersetzung über die Absicherung von erwerbslosen Personen in der Öffentlichkeit präsent ist, ist eine solche über die Fragmentierung der Beschäftigung und die Benachteiligungen großer Teile der Arbeitenden nicht wahrzunehmen. In der Corona-Pandemie waren Personen und Haushalte mit prekären Arbeits- und Lebensformen neuerlich stärker betroffen.

Empirische Analysen zeigen, dass die Lasten und Risiken der Pandemie, soweit sie die Erwerbsarbeit betrafen, nach Klassenlage und Geschlecht höchst ungleich verteilt waren (Holst et al., 2020). Dies betraf das unterschiedliche Risiko des Arbeitsplatzverlustes (so waren von den anfänglichen Kündigungen in Österreich zu 90 % Arbeiter*innen betroffen; Schönherr, 2021), die Unterschiede in den Schutzmaßnahmen und im Infektionsrisiko sowie die Unterschiede in den Einkommenseinbußen. Unter den Selbstständigen waren nach einer deutschen Untersuchung die Solo-Selbstständigen und die weiblichen Selbstständigen während der Covid-19-Pandemie besonders von Verdienstentgang betroffen. 44 % der Solo-Selbstständigen fühlten sich im Frühjahr 2020 finanziell stark belastet, im Juni 2021 noch 27 % – im Unterschied zu 22 bzw. 15 % der Arbeitnehmer*innen (Schulze Buschhoff & Emmeler, 2021). Für Österreich halten Bock-Schappelwein et al. (2021b) fest, dass sich die bestehende Einkommenspolarisierung unter den Selbstständigen-Haushalten im Zuge der Covid-19-Pandemie verschärfen dürfte und damit auch das Armutsrisiko steigen könnte.

Dennoch setzte man in den politischen Maßnahmen auf eine Gleichbehandlung von Ungleichem, was in der öffentlichen Diskussion kaum Widerspruch erfuhr. Allenfalls wurde die Situation der Beschäftigten in Kunst und Kultur zum Thema. Ein Kernproblem im Umgang mit einer Epidemie blieb außen vor, nämlich dass viele prekär Beschäftigte – ob in der Paketzustellung oder bei der Ernte in der Landwirtschaft – mangels Dienstvertrags keinen Anspruch auf Krankengeld haben und es sich finanziell nicht leisten können, nicht zur Arbeit zu erscheinen, wenn sie krank sind (ILO, 2020; Neuhauser et al., 2021). Dass solche eklatanten Problemlagen bei der Bewältigung der Pandemie kaum angesprochen, geschweige denn darauf reagiert wurde, hat mit der mangelnden Sichtbarkeit dieser Gruppen von Arbeitenden zu tun, die wiederum zum Teil der Rassifizierung innerhalb der fragmentierten Beschäftigung geschuldet ist. Es wäre zu erwarten gewesen, dass insbesondere die öffentliche Aufmerksamkeit für die als „systemrelevant“ geltenden Arbeiten in die Überwindung zumindest der größten Benachteiligungen umgemünzt wird. Dass dies nicht einmal in Ansätzen geschah, zeigt die aktuellen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft auf.

3.3. Selektive Reaktivierung der Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft wurde dort reaktiviert und ist sehr rasch zu Einigungen gekommen, wo dringender Bedarf an Regelungen insbesondere für den primären Arbeitsmarkt der relativ gesichert Beschäftigten bestand. Dies betrifft die Kurzarbeit, aber auch das Thema Homeoffice, das für viele Angestellte relevant wurde. Doch auch hier wurden Unterschiede in der Gruppe der Betroffenen übergangen, indem für alle stillschweigend eine angemessene Wohnsituation und technische Ausstattung vorausgesetzt wurde. Insofern teilweises Arbeiten von zu Hause vor der Covid-19-Pandemie ein Privileg bessergestellter Angestellter war, war diese Arbeitsform positiv konnotiert. Das

erklärt wohl auch den mangelnden Widerstand gegen diese Maßnahme, mit der die Lösung vielfältiger Probleme den Arbeitenden individuell aufgebürdet wurde.

Die Verhandlungen über die sogenannten Maskenpausen zeigten die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Vertretung benachteiligter Beschäftigtengruppen. Dazu wurde nämlich in einem Generalkollektivvertrag vereinbart, dass auf drei Stunden Arbeit mit Maske bloß zehn Minuten Arbeit ohne Maske folgen müssen – nicht vereinbart wurde das Recht auf zusätzliche Pausen an der frischen Luft. Die für Österreich geradezu klassische Form der Bearbeitung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich die Sozialpartnerschaft, wurde also nur eingeschränkt wirksam. Das geht auf ihre Suspendierung durch die ÖVP/FPÖ-Regierung ab 2017 (Tálos & Hinterseer, 2019) und die unausgeglichene Kräfteverhältnisse zurück, wodurch die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen auch nach Änderung der Regierungskonstellation nur geringen Einfluss geltend machen konnten. Dazu kommt, dass die Sozialpartnerschaft den Fokus auf dem primären Arbeitsmarkt und der Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis legt, wie sich in der oben beschriebenen Krisenbearbeitung wieder deutlich zeigte.

3.4. Problematische Rückkehr zur Tagesordnung

Das Zeitfenster für Reformen scheint sich recht rasch wieder geschlossen zu haben: So bezeichnete es die Bundesregierung als „Erfolg“ und „Überwindung der Arbeitsmarktkrise“, als die Erwerbslosenzahlen wieder der für Österreich ungewöhnlich hohen Massenarbeitslosigkeit vor der Corona-Krise entsprachen. Es wäre aber problematisch, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Um nur auf den Aspekt der Ausgrenzung sehr vieler Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen (teils durch Arbeitsbelastungen bedingt) zurückzukommen: Die Ausgrenzung allein zeigt die akute Reformbedürftigkeit des Arbeitsmarktes auf, obwohl noch gar nicht absehbar ist, wie sich das Phänomen des „Long Covid“ auf die Arbeitsfähigkeit auswirken wird. Öffentliche Beschäftigung, insbesondere in der Form der „Arbeitsplatzgarantie“ (Wray et al., 2018), wird aktuell als Strategie diskutiert, die Funktionsfähigkeit des Beschäftigungssystems aufrechtzuerhalten und die eklatantesten Widersprüche der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft abzumildern. An einer weiteren Baustelle könnte die anhaltende Pandemie die Chancen für Reformen erhöhen: Wie sich an Online-Handel und Paketzustellung zeigt, wuchsen gerade jene Arbeitsbereiche, in denen Niedriglohn, Scheinselbstständigkeit und fehlende Möglichkeit, in den Krankenstand zu gehen, weit verbreitet sind. Die Fragmentierung der Beschäftigung und die Rassifizierung der Arbeitsverhältnisse ließen die Missstände lange Zeit unsichtbar bleiben. Auch wenn es zynisch klingen mag: Würde in einer Aufarbeitung der bisherigen Pandemie eine öffentliche Debatte über das Gesundheitsrisiko in Gang kommen, das prekäre Arbeit für alle darstellen kann, könnte es für Gewerkschaften und soziale

Bewegungen notwendiger und leichter werden, Prekarisierung zu einem Thema zu machen und eine Re-Regulierung prekärer Arbeit voranzubringen.

4. Umkämpfte Transformationen der sozialen Reproduktion

Neben den Widersprüchen der Erwerbsarbeit kristallisierte sich während der Pandemie ein weiterer grundlegender Widerspruch kapitalistischer Gesellschaften heraus: Einerseits ist die soziale Reproduktion und damit die Reproduktion von Arbeitskraft für die Wertschöpfung eine zentrale Bedingung nachhaltiger Kapitalakkumulation, andererseits erschöpft und destabilisiert die kapitalistische Akkumulation die Prozesse sozialer Reproduktion und Sorge (Fraser, 2016). Dieser strukturelle Widerspruch zwischen Kapitalakkumulation und sozialer Reproduktion zeigt sich in der gesellschaftlichen Organisation von sozialer Reproduktion und Sorgearbeit, die entlang einer Externalisierungslogik (Wichterich, 2004; Biesecker & Winterfeld, 2014) organisiert ist: Tätigkeiten, die mit am wichtigsten für den Erhalt menschlichen Lebens sind, werden entweder gar nicht oder schlecht bezahlt oder unter Bedingungen verrichtet, bei denen nicht genug Ressourcen bereitgestellt werden (vgl. Dowling, 2021). Diese Umstände führen zu Überlastungen wie auch dazu, dass Care-Tätigkeiten oftmals von denjenigen verrichtet werden, deren Arbeitskraft strukturell abgewertet wird.

Krisenzeiten sind oft Zeiten, in denen Gesellschaften mit kulturellen Rückschritten konfrontiert sind (Sauer, 2010). Gleichzeitig machen Krisen bereits existierende gesellschaftliche Probleme wie unter einem Brennglas sichtbar (Wieviorka, 2012). Das trifft auch auf die Corona-Krise zu. Mit dem Begriff „Systemrelevanz“ wurden bestimmte Tätigkeiten, zu denen Sorge und Pflege gehören, sowie die Thematisierung von niedriger Bezahlung, Prekarität, Rassifizierung und Vergeschlechtlichung dieser Tätigkeiten auch in der öffentlichen Debatte wahrgenommen (vgl. Lichtenberger & Wöhl, 2020; Krisch et al., 2020). In dieser Debatte wurde auch deutlich gemacht, wie sehr Frauen und/oder Migrant*innen zu „Puffern“ in Krisenzeiten werden und wie sehr das familialistische Sorgemodell weiterhin die Gegenwartsgesellschaft unterfüttert. Trotz der symbolischen Aufwertung der „Heldinnen und Helden des Corona-Alltags“⁵ und Reformansätzen, die z. T. in die richtige Richtung deuten, sind eine grundlegende Aufwertung oder gar Ausblicke auf eine Neuorganisation von Sorge bislang ausgeblieben.

4.1. Haushalte in der Corona-Krise

Haushalte haben im Lockdown eine Entgrenzung von Erwerbs- und Care-Arbeit durch Homeoffice und Homeschooling erlebt, und das nicht nur aufgrund zeitweilig geschlossener Schulen und

⁵ So der Name eines „Spiegel“-Dossiers (vgl. [spiegel.de](https://www.spiegel.de) 2022).

Kinderbetreuungseinrichtungen. Wo erkaufte Dienstleistungen wegfielen, wo aufgrund von Grenzschließungen migrantische Betreuer*innen nicht mehr reisen durften, wo Großeltern nicht mehr zum Einsatz kommen konnten, in all diesen Fällen waren Familien auf sich selbst zurückgeworfen. Überwiegend waren es Frauen, die die Hauptverantwortung für den Haushalt, Kinder und Angehörigenbetreuung übernahmen. Sowohl die Erwerbsarbeit als auch eigene Bedürfnisse wurden dafür häufig hintangestellt (Derndorfer et al., 2020; Berghammer, 2021; Zartler et al., 2020). Dort, wo (männliche) Partner halfen, taten sie das im Besonderen in Bereichen, die sie bevorzugten, wie z. B. Kochen oder Freizeitgestaltung mit Kindern (Zartler et al., 2020, S. 22). Auch im Bereich der Angehörigenpflege hat es insbesondere für Frauen zu Mehrarbeit geführt, wenn externe Unterstützungsleistungen wegfielen (BMSGPK, 2021, S. 121).

Wie zentral die neoliberale Externalisierungsdynamik entlang von Klassen- und Migrationsgefällen operiert, zeigt sich nicht nur darin, an wen die Care- und Reproduktionsarbeit ausgelagert wurde. Bemerkenswert ist etwa, dass vor allem besserverdienende Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen einen Unterschied in ihren Belastungen vor und während der Covid-19-Pandemie verzeichneten, da gewisse Auslagerungen von Hausarbeit und Sorgetätigkeiten an Dritte während der Lockdowns gar nicht oder nur im geringeren Maße möglich waren (vgl. Mader et al., 2020). Zudem zeigte sich, dass sich von Kurzarbeit oder von Kündigungen betroffene Väter mehr im Haushalt und bei der Kinderbetreuung einbrachten (Zartler et al., 2020, S. 22). Außerdem waren all diejenigen, die nicht in tradierten familialistischen Sorgearrangements leben oder für die das Zuhause oder die Familie eine Bedrohung darstellen, ganz besonderen Belastungen und Schwierigkeiten ausgesetzt (Laufenberg & Schultz, 2021). Zu dieser Gruppe zählen alleinerziehende Mütter, die die überwiegende Mehrzahl aller Alleinerziehenden ausmachen, alleinstehende Pensionist*innen (ebenfalls überwiegend Frauen), Obdachlose und Betroffene häuslicher Gewalt.

4.2. Die Krise im Pflegesektor

Auch im Bereich der Pflege hat die Covid-19-Pandemie bereits bestehende Probleme aufgezeigt und verstärkt. Im Gesundheits- und Pflegesektor gab es infolge der Pandemie erhöhte Arbeitsbelastungen und Stress (Bauer et al., 2020). Die Pflege wurde lange nicht von der Regierung priorisiert, auch fehlte zunächst Schutzkleidung (Leichsenring et al., 2021). Insgesamt war in Österreich die Mortalität in Pflegeheimen niedriger als in vielen anderen Ländern (Comas-Herrera et al., 2022), aber auch hierzulande wurden vor allem zu Beginn der Pandemie überdurchschnittlich viele Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen verzeichnet (vgl. Staflinger & Leichsenring, 2020). Wo sich Cluster von Infektionen bildeten, fiel Personal aus, und im November 2020 musste das Bundesheer in Teilen des Landes aushelfen (ebd). Aus Überlastungsgründen wurden Patient*innen schneller aus den Krankenhäusern und in die Pflegeheime entlassen, und bis November 2020 gab es keine verbindlichen Testungen von

Neueinzügen in Pflegeheime (ebd.). Bereits zuvor fehlten im Bereich der Pflege Ressourcen, aber durch ein erhöhtes Arbeitsvolumen unter Pandemiebedingungen wurden die bestehenden Herausforderungen zusätzlich verschärft. Aufgrund von Überlastung, andauerndem Personalnotstand und fehlender Wertschätzung denkt fast die Hälfte der Belegschaft regelmäßig an einen Berufswechsel (Gferer & Gferer, 2021). Die weitere Zuspitzung des Pflegenotstands macht sich auch im Aufkommen des Kofferwortes „Pflexit“ bemerkbar (vgl. Mazohl, 2022).

Live-in-Betreuer*innen, die in Österreich fast ausschließlich aus benachbarten osteuropäischen Ländern kommen, erlebten vielfach eine weitere Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen, einen Verdienstausschlag sowie zusätzliche psychische Belastung. Politische Lösungsstrategien richteten sich eher nach den Bedürfnissen der Gepflegten als nach jenen der Betreuer*innen (Schilliger, 2021). Wie Aulenbacher und Kolleg*innen (2021, S. 98ff.) berichten, zielten staatliche Maßnahmen vor allem darauf ab, Schichten zu verlängern und Reisekorridore zu schaffen, etwa durch Charterflüge und Sonderzüge. Allerdings wurden diese vor allem in Zusammenarbeit mit den Vermittlungsagenturen und nicht mit den Betreuer*innen selbst organisiert, sodass die Abhängigkeit von den Agenturen bestehen blieb. Mobile Pflegedienste oder Angehörige, die Betreuer*innen entlasteten, fielen oftmals aus Infektionsschutzgründen weg, oder Betreuer*innen konnten die Haushalte ebenfalls wegen des Infektionsschutzes nicht verlassen, was die Isolation und Überlastung durch ständige Verfügbarkeit verschärfte. Staatliche finanzielle Hilfen für Selbstständige konnten nicht immer in Anspruch genommen werden, wenn das niedrige Einkommen unterhalb des Steuerfreibetrags lag und sie deswegen keinen Einkommensteuerbescheid, keine Steuernummer oder auch kein österreichisches Bankkonto hatten. Insgesamt zeigen sich hier die Auswirkungen des Fehlens von Beschäftigungs- und Arbeitsschutzrecht sowie fehlende Rücksicht auf die Bedürfnisse und die besonderen Umstände der Live-in-Betreuer*innen und die Tatsache, dass rechtliche Regelungen in Privathaushalten schwer umsetzbar sind (Aulenbacher et al., 2021).

4.3. Kurzfristige Reparaturen ohne langfristige Lösungen

Die Covid-19-Pandemie setzte das Thema Care auf die öffentliche Agenda. Es wurde klar, dass der öffentliche Carebereich in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen unterfinanziert und personell unterbesetzt ist. Doch auch die Sorge um sich selbst und um andere Menschen bereitete Schwierigkeiten, und die Pandemie setzte die Frage von Solidarität auf die Agenda. Die österreichische Regierung versuchte diese neoliberal verschüttete Ressource diskursiv zu mobilisieren. Die Kampagne „Schau auf dich, schau auf mich!“ sollte eine moralische Ökonomie als Krisenlösung in Gang setzen. Mithilfe dieser Kampagne wurde Sorge als Tätigkeit entworfen, die selbstverständlich und „natürlich“ ohne jegliche Entlohnung erbracht wird, quasi als solidarische Praxis für das Überleben von Gesellschaft und Wirtschaft. Insbesondere Frauen wurden von dieser moralischen Ökonomie – wenn

auch implizit – angerufen, weil sie vor der Krise bereits den Großteil der bezahlten sowie unbezahlten Sorgearbeit geleistet haben und das Bild der sich aufopfernden und kümmernden Frau tief in Weiblichkeitsdiskursen verankert ist (Dursun et al., 2021). Allerdings zeigte dieser Krisenlösungsversuch den lediglich „reparierenden Ansatz“ [Care fix] (Dowling, 2021), etwa in vorübergehenden finanziellen Zuschüssen oder in der vorübergehenden Lockerung von Berufsanforderungen, um die Einsatzmöglichkeiten für Personal zu erweitern (Staflinger & Tahic, 2020). Ende März 2020 gab es finanzielle Unterstützung in der Form eines Covid-Sonderfonds insgesamt in Höhe von 100 Millionen Euro für Alternativen, wo pflegende Angehörige oder Live-in-Betreuung wegfiel (Madner, 2020). Im Juni 2021 beschloss der Gesundheitsausschuss der Regierung eine Bonuszahlung von 500 Euro für Gesundheits- und Pflegepersonal in Krankenhäusern, stationären Einrichtungen bzw. mobilen Pflegediensten. Solche Einmalzahlungen an Angestellte im Pflege- und Gesundheitssektor sind aber nicht ausreichend, um nachhaltige Anerkennung zu bewirken. Gewerkschaften haben die Bonuszahlung auch deshalb kritisiert, weil die psychosoziale Betreuung, der Rettungs- und Krankentransport, die Betreuung von Menschen mit Behinderungen, viele Bereiche der Pflege, die Reinigung oder die Bewachung nicht eingeschlossen wurden (Gewerkschaft GPA-djp, o. J.).

Klar ist, dass viel mehr Ressourcen für Pflege- und Sorgetätigkeiten gebraucht werden. Es bleibt dennoch abzuwarten, ob Slogans wie „sorgende Gemeinschaften“ [caring communities] oder der Rekurs auf die mobile Pflege nicht als Katalysatoren für eine Vergesellschaftung der sozialen Reproduktion bei gleichzeitiger Privatisierung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts fungieren werden (vgl. Haubner, 2017). Zudem gilt es, auf Deprofessionalisierungstendenzen zu achten. Beispielsweise konnten als Teil eines Krisenmanagements Zivildienstler*innen Pflege- oder Betreuungsaufgaben übernehmen. Zusätzlich konnten Personen, welche gerade in Ausbildung sind, und interessierte arbeitslose Personen als Pflegepersonal eingestellt werden (WHO, 2020, S. 16). Durch die Finanzierung des EU-Wiederaufbaufonds im Zuge der Pandemie finden österreichweit in vielen Kommunen Pilotprojekte im Bereich „Community Nursing“ statt.⁶ Mit der Pflegereform im Jahr 2022 sind neue finanzielle Mittel für die folgenden zwei Jahre in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse in der Pflege sowie die Unterstützung von pflegenden Angehörigen zu verbessern.⁷ Auch wenn hiermit ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, braucht es weiterhin Verbesserungen, damit alle, die in der Pflege tätig sind bzw. Pflege erhalten, eine wirkliche Verbesserung spüren.

⁶ <https://www.gesundheit.gv.at/news/aktuelles/aktuell-2022/community-nursing.html>.

⁷ Siehe: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Pflege/Pflegereform.html>.

Zudem gilt es ein Augenmerk darauf zu legen, welche Auswirkungen die Ökonomisierung der Pflege hat, besonders dort, wo anlagesuchendes Kapital aktiv nach neuen Märkten und Investitionsmöglichkeiten Ausschau hält. In anderen Ländern, z.B. Großbritannien, ist nicht nur eine restriktive Austeritätspolitik, sondern auch die Ausrichtung des Pflegesektors auf die Erwirtschaftung finanzieller Renditen mitverantwortlich für die Misere (Whitfield, 2019). Ein Eckpfeiler im Schutz gegen eine solche Entwicklung bietet die Ausweitung der in manchen Bundesländern bereits bestehenden Verpflichtung zur Gemeinnützigkeit für Pflege- und Betreuungseinrichtungen.⁸ Weiterhin bleibt zu beachten, ob die Digitalisierung in der Förderung sozialen Zusammenhalts und der Eindämmung von Einsamkeit wirklich so vielversprechend ist (vgl. Rappold et al., 2021, S. 17). Außerdem ist eine weitere Frage, wie sich Homeoffice-Arrangements auf die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zu Hause auswirken werden, auch wenn manche durch die Pandemie eine größere Beteiligung von Männern an der Sorgearbeit im Haushalt sehen (Gärtner & Scambor, 2020). Zuletzt darf natürlich auch der Systemerhalter*innendiskurs nicht dafür instrumentalisiert werden, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und gemeinsame Forderungen nach Gerechtigkeit in Erwerbs- und Care-Arbeit zu verunmöglichen (Bergfeld & Farris, 2020).

Insgesamt weisen die diskursiven und institutionellen Strategien der österreichischen Regierung, um die Krise der sozialen Reproduktion im Kontext der Pandemie zu bearbeiten, nicht darauf hin, Care-Arbeit (materiell, institutionell, symbolisch und diskursiv) grundlegend aufzuwerten. So blieb es bei Versuchen, durch „Härte- und Krisenfonds“ Familien wirtschaftlich zu entlasten, wobei diese Leistungen an (vorherige) Erwerbsarbeit oder finanzielle Not der beziehenden Familien(-angehörigen) geknüpft wurden. Eine langfristige Verbesserung der Situation im Gesundheits- und Pflegesektor, wie vom Bündnis Offensive Gesundheit gefordert, bleibt bisher noch aus.⁹ Eine Umverteilung von Arbeit, Ressourcen und Anerkennung für Care-Arbeit wird nicht vorangetrieben, wie das Bündnis Mehr für Care, das im Zuge der Covid-19-Pandemie in Österreich entstanden ist, in einem „feministischen Konjunkturpaket“ fordert, das der Auslagerung der Kosten der Krisenbearbeitung auf Frauen entgegenwirken soll.¹⁰ Noch ist offen, ob die Aufmerksamkeit, die das Thema Care in der Pandemie erlangte, Anstoß für ein Umsteuern gegen die Normalisierung und Vertiefung der dauerhaften Krise, in der Sorgende und Umsorgte leben, sein kann.

⁸ Diese Verpflichtung gilt derzeit für Einrichtungen, die staatliche Förderungen beziehen oder deren Bewohner*innen und Nutzer*innen finanzielle Unterstützung erhalten. Sie besteht in Burgenland, Oberösterreich, Tirol und Wien (Land Burgenland, 2019; Rechnungshof Österreich, 2021; siehe auch Dowling, 2022).

⁹ <https://offensivegesundheit.at>.

¹⁰ <https://mehr-fuer-care.at>.

5. Grenzregime und Migrationsgesellschaft

Die Corona-Krise und ihre Bearbeitung stellten ebenfalls für das EU-Grenzregime und migrationsgesellschaftliche Zugehörigkeitsordnungen einen Kreuzungspunkt dar, wie im Folgenden mit einem Fokus auf den deutschen Kontext gezeigt wird. Ähnlich wie im Care-Bereich gab es hier Momente in der Krisenbearbeitung, die als Möglichkeitsfenster für emanzipatorische Perspektiven gesehen werden können. Als im Mai 2020 die Arbeitgeber*innen in Deutschland dafür sorgten, dass die Reisebeschränkungen für zehntausende Erntearbeiter*innen aus Rumänien aufgehoben wurden, um die deutsche Spargelernte zu retten (Thielhorn, 2020; Many Pod #3, 2020), rückten die sonst in der Regel unsichtbaren Subjekte dieser Ausbeutungsstrukturen in den Fokus des öffentlichen Interesses. Ähnlich wie im Fall der sonst unsichtbar gemachten Care-Arbeit wurde unausweichlich deutlich, dass die gesellschaftliche Reproduktion – in diesem Fall die Nahrungsproduktion – strukturell auf migrantischen Arbeitskräften basiert. Die sonst unsichtbaren, rassifizierten und exkludierten Arbeitskräfte erschienen auf einmal als systemrelevant (Birke, 2020, S. 1). Dies konnte Anlass zur Hoffnung geben, dass die auf dem Grenzregime basierende rassifizierte Arbeitsteilung und die Arbeitsbedingungen zu einem Politikum werden.

Diese Hoffnung wurde in Bezug auf den deutschen Kontext zum Teil bestätigt, wie beispielsweise die Verabschiedung des Anfang 2021 in Kraft getretenen Arbeitsschutzkontrollgesetzes deutlich macht, das auf das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie zielt. Das System der Werkverträge war in diesem Bereich über mindestens zwei Jahrzehnte ein zentrales Regulierungsinstrument zur Ausbeutung und Entrechtung migrantischer Arbeitskräfte (Birke & Bluhm, 2019) und kann als Teil des in „Arbeitsgesetze gegossene[n] Rassismus“ (Thielhorn, 2020) verstanden werden. Das neue Gesetz wurde in der Folge der Diskussionen verabschiedet, die rund um die Corona-Ausbrüche in den Massenunterkünften der migrantischen Arbeiter*innen aufgeflammt waren. Dabei sind jüngst tatsächlich „in großem Umfang bisherige Beschäftigungsverhältnisse mit Subunternehmen in Direktanstellungen bei den Fleischkonzernen umgewandelt worden“ (Bluhm et al., 2021, S. 31). Allerdings handelt es sich dabei keineswegs um ein vollständiges Verbot, da diese Beschäftigungsverhältnisse explizit nur „im Bereich der Schlachtung einschließlich der Zerlegung von Schlachtkörpern sowie im Bereich der Fleischverarbeitung“ (ebd.) gelten. Arbeitgeber*innen drängen derzeit insbesondere juristisch darauf, diesen Bereich sehr eng zu definieren. Auch wenn die – wie weit auch immer tatsächlich real werdende – Abschaffung des Werkvertragssystems keineswegs die rassifizierten Ausbeutungsstrukturen in der Fleischindustrie beendet, öffnete die Corona-Krise doch ein Möglichkeitsfenster für die Verschiebung und Reorganisation des Ausbeutungsregimes.

Wie Birke (2020) anmerkt, muss der Diskursverlauf allerdings kritisch gesehen werden, denn die „partielle Sichtbarmachung von Arbeitsbedingungen“ (ebd.) verlief entlang der skandalisierten Massenausbrüche des Coronavirus. Dabei wurde das Werkvertragssystem als wesentliches Übel ausgemacht, während Betroffene quasi nicht zu Wort kamen. Zugleich gerieten die strukturellen Ursachen zugunsten eines (schon auf eine lange Tradition zurückblickenden) substanzlosen Heilsversprechens von Politiker*innen in den Hintergrund (ebd.). Ausgeblendet wurde hier nicht zuletzt das Migrationsregime, dessen hierarchisierende Entrechtungsmechanismen die Grundlage für die extremen Formen von Ausbeutung im globalen Norden darstellen. Die Grenze des Grenzregimes ist also nicht einfach als eine Trennlinie zwischen zwei Nationalstaatsterritorien zu begreifen, sondern durchzieht vielmehr die sozialen Räume in und außerhalb des Nationalstaats. Ein- und Ausschluss funktionieren nicht als binäre Logik, sondern als „differenzielle Inklusion“ (Mezzadra & Neilson, 2013). Dabei verteilt das Grenzregime Subjekte entlang variierender Skalen der Erniedrigung und des Schutzes, ökonomischer Inwertsetzung und Ausbeutung, Zugehörigkeit und der Vorläufigkeit des Aufenthaltes, Zugang zu Rechten und der Abschiebbarkeit (Mezzadra, 2015, S. 3). Strukturiert ist das Grenzregime in den letzten Jahren zunehmend nach der ökonomischen Verwertbarkeit, sowohl in Bezug auf Migration aus sogenannten Drittstaaten als auch bei EU-Binnenmigration (Carstensen et al., 2018). Diese Aushöhlung humanitärer Gründe für Migration zugunsten von Verwertungsinteressen wurde auch am Beispiel der „Einfuhr der Saisonarbeiter*innen“ inmitten der Reisebeschränkungen und des Lockdowns sichtbar, bei gleichzeitig offensichtlichen tödlichen Folgen der Abschottungspolitik im Fall nicht unmittelbar verwertbarer Migration (Birke & Bluhm, 2019, S. 12).

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der analytischen Perspektive des Grenzregimes ist der Fokus auf die Widerstände und Kämpfe von Migrant*innen als Praxen, die das Regime immer wieder herausfordern und es zwingen, sich neu zu organisieren (ebd.; Tsianos & Kasperek, 2015). Zum Beispiel haben bei einem Streik südosteuropäischer Erntearbeiter*innen im rheinischen Bornheim im Mai 2020 einige Hundert Arbeiter*innen mit der Forderung nach einer Zahlung ausbleibender Löhne und verbesserten Wohnbedingungen angesichts der Covid-19-Pandemie ihre Arbeit verweigert (Birke, 2020). Hier wurden sonst unbeachtete Positionen kurz für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar. So schnell sie sichtbar wurden, so schnell waren sie wieder verschwunden – eine große Solidarität blieb aus.

5.1. Intensivierte Stigmatisierungen – Gefährliche Orte und rassistische Zuschreibungen

Diesen Hoffnungsschimmern stand eine Entwicklung entgegen, die den Diskurs in eine andere Richtung kippen ließ: Migrant*innen wurden als potenzielle Vireenträger*innen als eine besondere Gefahr inszeniert (Naceur, 2020). Migrationspolitische Diskurse wurden mit gesundheits- bzw. pandemiepolitischen Diskursen verwoben. Im Frühjahr 2020, also nach dem Ende des ersten Lockdowns, wurde eine Strategie der kleinräumigen Kontrolle von Infektionen etabliert, die zur

Aufrechterhaltung der Wirtschaft bei der Überschreitung bestimmter Inzidenzwerte auf lokale Interventionen setzte (Bäckermann & Birke, 2021, S. 143). Zum Beispiel wurden Hochhaussiedlungen in Berlin-Neukölln und Göttingen diskursiv als „soziale Brennpunkte“ und „gefährliche Klassen“ kategorisiert (ebd.). Oft in einer Art Umwegkommunikation, teils auch explizit, sind damit jene gemeint, die im migrationsgesellschaftlichen Zugehörigkeitsregime als „Migrationsandere“ (Mecheril, 2010, S. 10) ausgeschlossen sind. Dabei ist diese Logik nicht etwa durch die Pandemie entstanden. Bereits vor der Pandemie wurden soziale Verhältnisse kulturalisiert. Oder anders ausgedrückt: Die stadtpolitischen Diskurse problematisieren nicht „Ursachen wie soziale Ungleichheit, Rassismus und strukturelle Benachteiligung, sondern Folgen für die Sicherheit und Stabilität einer imaginierten weißen und bürgerlichen Allgemeinbevölkerung“ (Bäckermann & Birke, 2021, S. 145). Dabei werden die „auch räumlich als ‚nicht-zugehörig‘ markierten Bewohner*innen“ (ebd.) zum Problem und zur Ursache dessen verklärt. Besonders sichtbar werden diese Prozesse in Quartieren, in denen intensive Gentrifizierungsprozesse stattfinden (ebd.).

Diese Form der Stigmatisierung und rassistischen Exklusion hat sich in der Pandemie intensiviert und auf eine spezifische Weise artikuliert. Das Spezifische ist zum einen, dass migrantisch markierte Menschen in diesen Diskursen als potenzielle Vireenträger*innen halluziniert wurden. Zum anderen die damit verbundene Schuldzuschreibung an die Bewohner*innen, durch „Verantwortungslosigkeit“ die lokale Ausbreitung des Virus zugelassen zu haben (ebd., S. 16). Die Bewohner*innen wehrten sich dagegen, als „bildungsfern“, „sozial schwach“ und damit als Schuldige imaginiert zu werden, und problematisierten die rassistischen Projektionen (ebd.). Hier wird deutlich, wie eine soziale Lage und die damit verwobene soziale Ungleichheit – kleinere Wohnungen, Wohnen in Vielparteien-Hochhäusern, Arbeitsverhältnisse ohne Homeoffice-Option etc. – dethematisiert werden. Stattdessen findet eine zugleich individualisierte und rassistisch-kollektivierende Schuldzuweisung statt. Birke (2020, S. 11) macht darauf aufmerksam, dass diese Wendung, in der der rassistische Diskurs die Opfer in Schuldige verwandelt, vom „Verantwortungsmythos, der im Social-Distancing-Diskurs enthalten ist“, nahegelegt wird.

In eine ähnliche Kerbe schlägt Huke (2021), der anhand seiner Studie über widerständige Praxen von Bewohner*innen von Geflüchtetenunterkünften zeigt, wie diese mit der Pandemie umgingen. Dabei ist die durch Lagerunterbringung und behördliche Praxen hergestellte Situation nicht neu – sie zeichnet sich durch schlechte Lebensbedingungen, gesellschaftliche Segregation, ständige reale Angst vor staatlichen Gewaltmaßnahmen und Entrechtung aus. Jedoch spitzte sich die Situation in der Pandemie zu. Während in den Medien nicht selten die Lager als gefährliche Orte konstruiert wurden, organisierten Geflüchtete zunehmend Proteste, die auf den vollkommen unzureichenden Schutz vor der Pandemie in den Lagern aufmerksam machten (ebd.). Das Versäumnis der Behörden, innerhalb

der für die Pandemiesituation untragbaren Massenunterbringung adäquate Maßnahmen zum Schutz der Bewohner*innen sowie gegen die Ausbreitung des Virus einzuleiten, wurde von den Geflüchteten als Zeichen angesehen, dass – so ein Bewohner – „das Leben eines Asylsuchenden“ (ebd., S. 117) ihnen, also der Regierung und den Verantwortlichen, nichts bedeute. In Zusammenarbeit mit Gruppen wie Together We Are Bremen, Refugee Struggle for Freedom und Flüchtlingsräten artikulierten Geflüchtete Protest. Die staatliche Antwort auf diese Proteste bestand oft in repressiven Maßnahmen (ebd.) oder der Umdeutung des Geschehens in den Medien als „Chaos“, in dem die „Verantwortungslosigkeit“ der Bewohner*innen deutlich würde (Hader, 2021). Diese gesellschaftliche Doppelmoral der repressiven Verunmöglichung für Geflüchtete, sich adäquat vor dem Virus zu schützen, und der individualisierenden und rassistisch-kollektivierenden Schuldzuweisung auf Geflüchtete scheint ein wesentliches Moment der pandemiebedingten Zuspitzung des Rassismus zu sein.

Eine weitere Beobachtung, die wir benennen wollen, ist der antiasiatische Rassismus. Dieser war von Anfang an präsent, und im diskursiven Kontext der US-amerikanischen Rechten wurde Covid-19 lange nur „the Chinese virus“ genannt (Walker & Anders, 2022). Der rassistische Diskurs stellt eine Analogie zwischen zugeschriebener Herkunftsregion der hier lebenden Menschen und dem vermuteten Ursprungsort des Virus her, wobei unklar ist, ob die potenzielle Trägerschaft des Virus oder eine Art rassifizierte Kollektivschuld die entscheidende Motivation für die Analogie darstellt. Seit Beginn der Pandemie hat weltweit das Ausmaß an verbaler und körperlicher Gewalt gegenüber asiatisch gelesenen Personen stark zugenommen (Schindler, 2021, S. 10). Ebenfalls wurde die starke Zunahme von Racial Profiling ihnen gegenüber festgestellt (ebd.). Unter dem Hashtag #IchBinKeinVirus teilten Betroffene nicht nur diese Erfahrungen, sondern artikulierten auch ihren Widerstand dagegen, als „Überträger*innen des Virus wahrgenommen und rassistisch angegriffen“ zu werden (Ehrich, 2020, S. 11).

Diese Zuschreibungspraxen erscheinen nicht als Neuerfindungen, sondern vielmehr als Intensivierungen bereits bestehender rassistischer Praktiken und Diskurse und stehen in einer Kontinuität der Intensivierung von Rassismus in pandemischen Zeiten: Seuchen seien „Projektionsflächen“, und es waren „immer die Anderen“ (Naceur, 2020, S. 13). Duncker (2020, S. 90) präzisiert in diesem Kontext im Anschluss an Michel Foucault, dass der „moderne Traum der Normalisierung und Kontrolle statistischer Risiken“ heute „weder das Modell der Lepra (Ausschluss), noch der Pest (Disziplin)“ sei, sondern sich in Zeiten der biopolitischen Regierungsweisen vielmehr „den Umgang mit den Pocken zum Vorbild“ nähme, bei dem „Bevölkerungsrisiken kalkuliert und präventiv (v. a. durch riesige Impfprogramme) verringert wurden“. Seuchen als rassistische Projektionsflächen müssen dabei auf keinerlei empirischer Basis beruhen (ebd.). Naceur (2020, S. 13)

sieht Kontinuitäten von sich gegen osteuropäische jüdische Menschen richtenden Politiken und Diskursen rund um die Pocken bis zu den Diskursen um HIV, die sowohl Afrikaner*innen als auch Homosexuelle als „das Andere“ konstruierten.

5.2. Intensivierte Nekropolitiken – Von der Brutalisierung des Grenzregimes

Bäckermann et al. (2021, S. 17) sahen „Momente der Hoffnung“, in denen die „geteilte Erfahrung von ‚Gleichheit‘ vor dem Virus“ und die „Sensibilität für den alltäglichen Normalzustand unterschiedlicher Verletzbarkeiten gegenüber dem Virus und den Corona-Politiken“ eine Chance sein konnten, neue „Ansatzpunkte für emanzipatorische, politische Praktiken“ zu entwickeln. Diese Hoffnung bestätigte sich nicht. Thielhorn argumentiert, dass in den pandemischen Diskursen „Solidarität“ eine neoliberale Anrufung erhält, mit der das individualisierte Subjekt die Verantwortung zugeschoben bekommt, während staatliche Verantwortungen negiert werden, wie etwa für ein kaputt gespartes Gesundheitssystem (2020, S. 16). Dies korrespondiert mit einer Art Gesundheits-Standortnationalismus, in dem „die nationale Anrufung eine vermeintliche homogenisierte Einheit als deutsche Nation konstruiert, in der [...] Nicht-Deutsche (und dadurch automatisch auch als Nicht-Deutsche wahrgenommene Schwarze und BIPOC) ausgegrenzt“ werden (ebd.). Die stark ausgeweitete Nutzung des Wortes „Solidarität“ kann also mitnichten als eine Ausweitung solidarischer Perspektiven im emanzipatorischen Sinne verstanden werden, sondern vielmehr als eine Umdeutung, die Entsolidarisierungen dethematisiert.

Hänsel et al. (2022, S. 8) sehen im gesundheitspolitischen Krisenmanagement von Covid-19 einen „(Re-)Konfigurationsprozess des Grenzregimes“. Dabei fungiert das gesundheitspolitische Krisenmanagement „sowohl als Katalysator als auch als Deckmantel von Exklusionspraktiken“ (ebd.). Naceur (2020, S. 12) spricht von Covid-19 als „Wasser auf den Mühlen des Grenzregimes“. Damit meint er die „lange Tradition in Europa“ der „Grenzauslagerung und Kriminalisierung von ‚irregulärer‘ Migration“, die „bereits seit Jahrzehnten sukzessive vorangetrieben“ werde. Die „Corona-Krise“ – so Naceurs These weiter – befeue diese, sie werde „der auch an wirtschaftlichen Interessen orientierten Politik von Reglementierung, Kontrolle und Filterung von Einwanderung und Migration zusätzlich Vorschub leisten“ (ebd.). Stierl und Dadusc (2021, S. 2) bezeichnen die Inszenierung des Grenzregimes als Maßnahme zum Schutz der Gesundheit der europäischen Bevölkerung als „Covid-Ausrede“ [covid excuse]. Die bereits bestehenden Narrative, die Migrant*innen als Kriminelle oder potenzielle Terrorist*innen imaginierten, verschoben sich auf eine Darstellung als Virusträger*innen und somit als Gefahr für die öffentliche Gesundheit (ebd.).

Die nekropolitische Gewalt der EU-Außengrenze wurde in diesem Zuge ausgeweitet (Stierl & Dadusc, 2021).¹¹ Unter dem Deckmantel der Pandemie wurde die Normalisierung des massenhaften Sterbenlassens von Migrant*innen neu konfiguriert. Die „Brutalisierung“ (Hänsel et al., 2022) des EU-Grenzregimes wird besonders offensichtlich an der starken Zunahme der Pushbacks, also der rechtswidrigen Zurückweisung von Migrant*innen an der Grenze, was häufig den Tod der Betroffenen direkt in Kauf nimmt. Es gibt zahlreiche dokumentierte Fälle, in denen die Sicherheitsbehörden der EU oder der EU-Mitgliedsstaaten nicht nur massenhaft Menschen wissentlich ertrinken ließen, sondern auf offener See Boote manövrierunfähig machten, zum Sinken brachten, Menschen verprügelten oder sie weit aufs Meer hinausschleppten (Alarm Phone, 2022): Diese Brutalisierung geht mit einer Kriminalisierung von Solidarität einher, die bereits vor der Pandemie stark zugenommen hatte, während der Pandemie aber im zumindest zeitweisen Verbot nahezu aller Rettungsschiff-Einsätze kulminierte (Stierl & Dadusc, 2021).

Als „symbolischen Höhepunkt“ sehen Hänsel et al. (2022, S. 17) die Reaktion der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf die Situation an der griechisch-türkischen Landgrenze. Als sie den EU-Türkei-Deal (Geld gegen Exterritorialisierung der Migrationsabwehr) durch die türkische Regierung infrage gestellt sah und sich hunderte Menschen am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros versammelten, stellte sie sich hinter die „Reaktion der griechischen Sicherheitskräfte, die die EUropäischen¹² Außengrenzen mit Tränengas und scharfer Munition ‚verteidigten‘ und dabei mehrere Menschen erschossen“ (ebd.). Sie ließ die „Maske des ‚humanen Migrationsmanagements‘ fallen und bezeichnete Griechenland als ‚Schutzschild Europas‘“ (ebd.).

Im Herbst 2021 kamen zu den tödlichen Pushbacks im Mittelmeer und an mehreren südosteuropäischen Landesgrenzen (medial präsent war besonders der Fall Kroatien) noch die Geschehnisse im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen hinzu. Tausende Menschen saßen dort in der Kälte fest – ohne Zugang zu Versorgung und unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einem militärischen Sperrgebiet (#LeaveNoOneBehind, 2022). Die Pandemie spielte keine wesentliche Rolle in der Legitimierung des Vorgehens, gleichzeitig standen die tödlichen Praxen in der Kontinuität der Brutalisierung des Grenzregimes sowie seiner Normalisierung. Im November erklärte beispielsweise der deutsche Innenminister Horst Seehofer, dass Polen „an der Grenze zu Belarus seit Wochen zutiefst

¹¹ Mit dem Begriff der Nekropolitik (Mbembe, 2003) werden in einer Verschränkung von foucauldianischer Governmentalitätstheorie sowie dekolonialer Theorie Regierungstechniken und -praktiken gefasst, die auf den selektiven Erhalt bzw. die selektive Zerstörung des Lebens ausgerichtet sind.

¹² Die Schreibweise mit zwei Großbuchstaben ist in rassismuskritischen Diskursen üblich, da die EU und Europa – entgegen herrschenden Diskursen – keinesfalls deckungsgleich sind.

europäisch“ (SPON, 2021) handele – und meinte damit die medial bekannte Situation der Entrechtung und Entwürdigung der Geflüchteten sowie ihren einkalkulierten Tod.

Dass die „rassistische Trennung zwischen denjenigen Menschen, die dem Tod ausgesetzt sind, und anderen, die geschützt werden“ (Hänsel et al., 2022, S. 19), durch die Pandemie besonders deutlich wurde, zeigt sich auch an den Geschehnissen rund um das Flüchtlingslager Moria. Das Lager stand monatelang unter Corona-Lockdown. Die Lebenssituation war miserabel. Nachdem es mit einem zusätzlichen Sicherheitszaun abgeriegelt werden sollte, dann die ersten Covid-19-Fälle aufgetreten waren und die Infizierten gemeinsam mit den Kontaktpersonen in Quarantäne gesetzt wurden, brachen Proteste aus (ebd.). In diesem Kontext steht der Brand in Moria. Die Kampagne #LeaveNoOneBehind (2022) spricht von einer „kalkulierten Katastrophe“, ordnet die Geschehnisse in die Brutalisierung und Kontinuität der Entrechtung ein und fordert „Solidarität statt Moria!“. Die Proteste waren vielerorts in Europa zahlreich. Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung bestand temporär darin, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit der bereits erwähnten „Covid-Ausrede“ zu untergraben. Es stellt sich weiterhin die Frage, wie gegenhegemoniale Kämpfe die fortschreitende Brutalisierung des Grenzregimes aufhalten können.

6. Krisendynamiken der Demokratie und Tendenzen der Autoritarisierung

Schon früh wurde die Covid-19-Pandemie in der öffentlichen Debatte als „Stresstest für die Demokratie“ bezeichnet (Hänel, 2020). In der ersten Phase waren es vor allem die zur Pandemiebekämpfung eingesetzten besonderen exekutiven Vollmachten sowie die Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens, beides in der jüngeren Geschichte des globalen Nordwestens beispiellose Maßnahmen, die als Belastungsprobe für etablierte demokratische Systeme wahrgenommen wurden (Salomon, 2021). Für Österreich haben insbesondere die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs (2020) und der Jurist Alfred J. Noll (2020, 2021) auf die Effekte und Gefahren einer Corona-„Krisendemokratie“ (Ehs, 2020) hingewiesen. Dabei stehen institutionelle, verfahrenstechnische und juristische Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Ergänzt und historisch kontextualisiert müssten diese Betrachtungen der Corona-Krise auf die Demokratie darüber hinaus aus der Perspektive der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie werden. Zu fragen ist demnach, inwiefern die Corona-Krise schon länger bestehende Krisendynamiken der Demokratie und Tendenzen der Autoritarisierung (Opratko, 2019) berührt, neutralisiert, transformiert oder bestärkt.

In der Internationalen Politischen Ökonomie wird schon länger auf entdemokratisierende Effekte (Gill, 1992; Gill & Cutler, 2014) und eine antidemokratische Agenda (Brown, 2019; Kiely, 2017; Slobodian, 2018) des neoliberalen Projekts selbst hingedeutet. Diese umfassen wiederum drei wesentliche

Aspekte: erstens, die Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative im kapitalistischen Staat (Kannankulam, 2016; Lemke, 2017). Zweitens, die Etablierung „neu-“ oder „krisenkonstitutionalistischer“ Konstellationen, in denen juristische oder quasijuristische Instanzen den Gestaltungsraum demokratischer Entscheidungen beschränken (Bieling, 2013; Gill & Cutler, 2014). Drittens, Tendenzen der Technokratisierung (Enderlein, 2013), einschließlich der zunehmenden Macht demokratisch nicht oder schwach legitimierter Expert*innengremien. Diese legen im Namen vermeintlich neutraler (wirtschafts-)wissenschaftlicher Evidenz Korridore legitimen Regierungshandelns fest oder springen gleich direkt als „Expert*innenregierungen“ ein, falls diese Korridore nicht eingehalten werden (Giannetti, 2013; Verney & Bosco, 2013). Wie hat die Corona-Krise diese drei auf komplexe Weise miteinander verbundenen Dynamiken berührt, und welche weiteren Folgen sind diesbezüglich absehbar?

6.1. Die einsame Stunde der Exekutive schlägt nicht

Die erste Tendenz erfuhr in der Corona-Krise nur kurzfristig eine signifikante Verstärkung. Die sprichwörtliche „Stunde der Exekutive“ schlug zu Beginn der Pandemie in allen demokratischen Staaten. Die rasche Verbreitung des neuen Virus machte rasches Regierungshandeln nötig. Dabei griffen Regierungen europäischer Staaten auf verschiedene Rechtsgrundlagen zurück, um etwa Begutachtungsverfahren abzukürzen oder Eingriffe in Grundrechte per Verordnungen umzusetzen. Für Deutschland konstatierte Wolfgang Merkel für die erste Phase der Pandemie eine „Selbstdegradierung des Parlaments“, die Legislative „ordnete sich überstürzt der Regierung unter und degradierte sich damit gegenüber der Exekutive zu einer zweitrangigen Institution“ (Merkel, 2020, S. 448). In Österreich wurde das Parlament, so Alfred Noll, zu einer „verschwindenden Größe“ im „Verordnungsstaat“ (Noll, 2020). Tamara Ehs (2020, S. 20) erkennt darin „die Gefahr der Gewöhnung an den Maßnahmenstaat“. Dieser Effekt erwies sich allerdings als wenig nachhaltig. Mit Fortdauer der Pandemie löste sich die anfänglich einhellige Zustimmung zu den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf. In mehreren europäischen Ländern – darunter Spanien, Frankreich, Belgien und Deutschland – entwickelten Parlamente Mechanismen, um ihrer Kontrollfunktion nachzukommen (Griglio, 2020). In Österreich war vor allem die Kehrtwende der FPÖ bedeutsam, die zu Beginn der Pandemie noch die Regierungsmaßnahmen unterstützt hatte, sich jedoch ab Sommer 2020 als politische Repräsentantin der Maßnahmenkritiker*innen neu positionierte.

Aber auch die liberalen Neos und die SPÖ entzogen sich ab Sommer 2020, nach Abflauen der ersten Pandemiewelle, dem Sog des „nationalen Schulterschlusses“ und trugen zur weitgehenden Wiederherstellung des parlamentarischen Normalbetriebs bei. Auch hinsichtlich der Rolle juristischer und quasijuristischer Instanzen zeigte sich in der Corona-Krise bisher eher eine ambivalente Entwicklung. So wurden einige der von der Exekutivmacht eingesetzten unmittelbaren Maßnahmen in

Österreich im Nachhinein vom Verfassungsgerichtshof für nicht rechtens erklärt, sodass die Judikative eher eine ausgleichende Gegenwirkung zur Dominanz der Exekutive darstellte. International und auf EU-Ebene deuten sich sogar Aufweichungen des neoliberalen „neuen Konstitutionalismus“ an, etwa in der Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts oder im „schleichenden Tod“ der Schuldenbremse in Deutschland (Greive, 2020). Die durch die Corona-Krise nötig gewordenen kurzfristigen Lockerungen können als Teil einer breiteren Dynamik hin zu einem „neo-statism“ (Gerbaudo, 2021) interpretiert werden. Tatsächlich haben die beispiellosen weltweiten Staatsinterventionen nachhaltige Effekte: „[They] significantly strengthened the legitimacy of a more active management of the economy by the state across the board for years to come“ (van Apeldoorn & de Graaff, 2021, S. 320). Solche und ähnliche Einschätzungen wurden von den jüngeren, vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Krisendynamiken bestätigt. Dies spricht für eine Schwächung neokonstitutionalistischer Einschränkungen demokratischer Gestaltungsmacht. Ob damit eine Stärkung der Demokratie im Feld der Wirtschaftspolitik verbunden sein wird, bleibt jedoch offen.

6.2. Expertisierung der Politik

Potenzial zur Verschärfung entdemokratisierender Tendenzen hat in jedem Fall die in der Gesundheitskrise enorm ausgeweitete Bedeutung von Expert*innengremien für Regierungshandeln. Die schon länger bestehende Tendenz der „scientization of politics“ (Eyal, 2019, S. 97) erfuhr durch die Pandemie eine beispiellose Beschleunigung und Vertiefung: Institutionen und Gremien, die im Namen wissenschaftlicher Expertise sprechen. In bestehenden oder ad hoc eingerichteten Gremien wurden virologische und epidemiologische, medizinische und gesundheitsökonomische Expertise mit Modellrechnungen auf Basis großer Datenmengen verkoppelt. Diese rückten in vielen Ländern aus einer beratenden Rolle in eine entscheidende, wie Eric Windholz (2020, S. 94) feststellt: „[T]he response to Covid-19 has seen the medical-scientific expert metamorphose from decision making input into decision-maker.“ Aus demokratiepolitischer Sicht sollte die Einsicht in die Notwendigkeit politikfähig aufbereiteter wissenschaftlicher Expertise in der Pandemie nicht dazu führen, Kritik an der bisweilen intransparenten Besetzung solcher Gremien oder deren mangelhafter demokratischer Legitimität zu marginalisieren. Wo Regierende ihr Handeln unter Verweis auf vermeintliche Evidenz als alternativlos darstellen, wird nicht nur ein naives Verständnis von Wissenschaft propagiert, sondern auch der Raum für demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung weiter eingeengt. In der Internationalen Politischen Ökonomie wurde diese Tendenz lange vor allem hinsichtlich der Rolle wirtschaftswissenschaftlicher Expertise in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Nun sind die medizinisch-naturwissenschaftlichen Gremien nicht im selben Maße von ideologischen Annahmen getrieben, wie dies in der neoklassisch durchwirkten Ökonomie der Fall ist. Demokratiepolitisch bleibt es jedoch problematisch. Zumal die diskursiven Spillover-Effekte nicht zu

unterschätzen sind. Beispielhaft dafür kann ein Tweet des CDU-Politikers Ruprecht Polenz vom März 2020 gelesen werden, in dem er fragte: „Wo ist der Ökonomie-Drosten?“ (zitiert in Opratko 2020, S. 21). Und schließlich geht mit der „scientization of politics“ stets eine „politicization of science“ einher (Eyal, 2019, S. 97; Brubaker, 2021, S. 74–79). Die Attacken vor allem rechtspopulistischer Kräfte auf virologische und epistemologische Expert*innen sowie die offene Feindseligkeit, die in den Protestbewegungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen artikuliert wird, sind ebenfalls Teil dieser Dynamik.

6.3. *Techno- und Biopolitik*

Verbunden mit der Aufwertung von nicht gewählten Expert*innengremien in der Politikgestaltung ist der Einsatz neuer, bislang aus demokratiepolitischen, (datenschutz-)rechtlichen und/oder moralischen Erwägungen nicht oder nur sehr eingeschränkt eingesetzten digitalen Technologien und Infrastrukturen. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen: von hochaggregierten Daten, etwa wo Mobilfunkdaten Rückschlüsse auf die Veränderung menschlicher Mobilität erlauben, über die Nachverfolgung individueller Aufenthaltsorte und Kontakte durch Tracing-Apps oder die elektronische Registrierung via QR-Codes bis hin zur Kategorisierung einzelner Personen hinsichtlich ihres Impfstatus im elektronischen „Grünen Pass“. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur politischer Kommunikation und Öffentlichkeit maßgeblich als digitale funktioniert und von den fünf großen Monopolisten Amazon, Facebook/Meta, Google/Alphabet, Microsoft und Apple kontrolliert wird. Die Pandemiepolitik legte deren Rolle als essenzielle, aber privatwirtschaftlich organisierte Infrastrukturen nicht nur für politische Kommunikation, sondern für planetare Politik als solche offen, „von der Bereitstellung von Forschungsdaten und Rechenkapazitäten über automatisierte Beratungsstellen bis zu kostenlosen Werbeanzeigen für Gesundheitsorganisationen“ (Harder & Opratko, 2021). Der massive Rollout technologischer Überwachungs- und Kontrolltechnologien im Zuge einer „pandemischen Schockdoktrin“ (Klein, 2020) fügt sich in eine bereits bestehende soziale, technologische und materielle Ökologie der algorithmischen Anrufung, Überwachung und Regierung ein und verleiht ihrer Bedeutung für das soziale und individuelle Leben neuen Schub (DuBrin & Gorham, 2021; Gardezi & Stock, 2021; Pritchard & Gabrys, 2016). Für Richard Seymour ist daher wahrscheinlich, dass die in der Corona-Krise ausgerollten Technopolitiken einen „biopolitischen Sicherheitsstaat“ entstehen lassen, „characterised by a stronger fusion of monopoly capital with the state, in which ‚big data‘ will have a privileged role in helping governments trace activity and control“ (Seymour, 2020, S. 64).

Der Einsatz technischer Mittel bis hin zum Einsatz „positiver Biopolitik“ (Bratton, 2021) zur Bekämpfung der Pandemie und zur Reduzierung menschlichen Leids scheint notwendig zu sein (vgl. jedoch kritisch Roth, 2022). Ob er sich als Teil gesellschaftlicher und politischer Autoritarisierung vollzieht, ist nicht ausgemacht und Gegenstand anhaltender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Dies wird nicht zuletzt durch die ungleiche Betroffenheit von bzw. Einbindung in technopolitische(n) Maßnahmen entlang verschiedener Grenzziehungen. Wer soll mit welchem Aufwand geschützt werden, welche Leben gelten als besonders wertvoll und welche als tendenziell vernachlässigbar? Die in Kapitel 5 skizzierten Formen nekropolitische(r) Gewalt sind nicht das Gegenteil, sondern widersprüchlicher Bestandteil biopolitischer Intervention in der Pandemie. Diese Konstellation erhält zusätzliche Brisanz dadurch, dass Opposition zu vielen dieser Entwicklungen hauptsächlich in verzerrter, bisweilen verschwörungsideologischer Form artikuliert und von autoritären politischen Kräften inszeniert wird (vgl. Kapitel 7 dieses Papers). Für Österreich ist dies jedenfalls zu konstatieren. Die autoritär-populistische, rechtsextreme FPÖ hat nach einer ersten Phase der Desorientierung, in der sie sich im „nationalen Schulterschluss“ einordnete und die Regierungsmaßnahmen im Parlament mittrug, ab Mai 2020 die Corona-Krise als Möglichkeitsfenster erkannt, sich am eigenen Schopfe aus der Post-Ibiza-Krise herauszuziehen. Hintergrund ist einerseits, dass die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf präexistierende Ablehnungskulturen stoßen, die nicht zuletzt von der FPÖ selbst über Jahre gepflegt und angefacht wurden und als Ausdruck einer schon länger schwelenden Hegemonie- oder Autoritätskrise begriffen werden sollten (Harder & Opratko, 2021; Opratko, 2020; Opratko et al., 2021). Andererseits gelingt es der FPÖ damit auch, konkrete Interessenlagen und die Betroffenheit jener Teile des Kleinbürgertums (EPU, Ladenbesitzer*innen, Gastronom*innen, kleine und mittlere Unternehmen in der Tourismusbranche oder im Veranstaltungsgewerbe) zu artikulieren, die von den Anti-Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind und sich von den staatlichen Rettungsmaßnahmen nicht ausreichend aufgefangen sehen. Diese Gemengelage übersetzt sich nicht direkt in eine staatliche Autoritarisierung, zumal sich die FPÖ in einen scharfen Gegensatz zu ihrer ehemals engsten politischen Verbündeten, der ÖVP unter Sebastian Kurz, manövriert. Mittel- und langfristig ist allerdings eine aktivistische und elektorale Revitalisierung der FPÖ zu erwarten. Im Jahr 2021 radikalisierte sich die FPÖ programmatisch und rhetorisch ebenso wie hinsichtlich der politischen Praxen. Bemerkenswert ist insbesondere, dass die FPÖ, die in ihrer bisherigen Geschichte vom Aufbau oder auch nur der Unterstützung von Bewegungen auf der Straße weitgehend abgesehen hat, nun als offizielle Veranstalterin von Demonstrationen und Kundgebungen auftritt und dabei den Schulterschluss mit verschwörungsideologischen und neofaschistischen Kräften sucht (Sulzbacher, 2021). Auf die Zusammensetzung der Corona-Protestbewegungen und deren Dynamik wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

7. Widerspruch durch Protest und widersprüchliche Proteste

Soziale Bewegungen sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Unmuts, der seinen Anlass in Krisen, gesellschaftlicher Transformation oder veränderten Erwartungshaltungen der Bürger*innen hat (Della

Porta, 1999). Auch wenn nicht jede Krise zur Entstehung von Protest führt, ist kollektiv geteilte Unzufriedenheit eine Bedingung dafür. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 nimmt etwa die Anzahl jener Proteste zu, welche die sozialen und ökologischen Folgen des Kapitalismus thematisieren. Während die Occupy-Bewegung mit dem Slogan „Wir sind die 99 %“ auf die sozialen Disparitäten kapitalistischer Produktion verwies (Daniel, 2017), verdeutlicht der Klima- und Umweltaktivismus der letzten Jahre die „ökologisch-ökonomische Zangenkrise“ (Dörre, 2020), ein unlösbares Dilemma zwischen Wachstum und Klimagerechtigkeit. Die Corona-Proteste haben ebenfalls eine kapitalismuskritische Dimension, denn sie setzen an einer Kritik der mit liberaler Demokratie verbundenen wirtschaftlichen Produktionsweise an.

Erste Demonstrationen wurden im April 2020 organisiert und boten sich überlappenden Unmutzuständen, die infolge der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zunehmend artikuliert wurden, ein Forum. Dazu zählen die latente Unzufriedenheit mit dem Lockdown und den alltäglichen Belastungen durch Homeoffice und Homeschooling, die Sorge der Eltern um die Zukunft der Kinder, die (temporäre) Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger*innen, die zum Teil diffuse Unzufriedenheit mit der Corona-Politik insgesamt, aber auch ganz konkret Jobverlust und ökonomische Einbußen. Bürger*innen organisieren sich nun in neuen, heterogenen, in sich durchaus auch widersprüchlichen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und verändern zudem bereits existierende Protestgruppierungen. Wenig reflektierte Bezugnahmen auf Kapitalismuskritik werden in der ideologisch wie auch nach soziodemografischen Kriterien diversen Bewegung am deutlichsten in den Verschwörungserzählungen und den Sorgen der Bürger*innen, dass die Gesundheitskrise dem Machterhalt bzw. weiteren Machtausbau einer politischen und wirtschaftlichen Elite diene.

Die regelmäßigen Corona-Proteste sind zu einem gesellschaftlich mobilisierenden, aber – nicht zuletzt aufgrund der regelmäßigen Involvierung rechtsextremer Aktivist*innen und Gruppierungen – auch stark polarisierenden Ausdruck unzufriedener Bürger*innen geworden, die auf den Verlust individueller Freiheitsrechte und durch die Covid-19-Pandemie noch wachsende und deutlicher sichtbare Ungleichheiten aufmerksam machen wollen. Mit Misstrauen gegenüber der Regierung und zum Teil unter Rückgriff auf Verschwörungsnarrative und Bezugnahme auf autoritäre Ideologien formieren sich Proteste gegen eine als autoritär wahrgenommene Politik. Dabei unterliegen die Proteste selbst einer ständigen Veränderung. Die von Beginn an zum Teil höchst widersprüchliche Komposition der Protestteilnehmer*innen wandelt sich kontinuierlich. Infolgedessen finden sich unter den Protestierenden sowohl Erstmobilisierte und neu entstandene Gruppierungen, wie *Eltern stehen auf*, *Corona Widerstand*, die *Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen*, als auch etablierte Akteur*innen, etwa die *Initiative Heimat und Umwelt*, *QAnon*, die *Identitäre Bewegung*, die FPÖ und bekannte rechtsextreme Aktivist*innen und Neonazis.

Mit der Thematisierung gesellschaftlichen Unmuts geben soziale Bewegungen Bürger*innen Orientierung (vgl. Della Porta, 1999) etwa darüber, wie eine Krise verstanden werden soll. Zugleich bieten sie alternative Problemlösungen jenseits staatlicher Sicherheitsmaßnahmen und Regelungen und geben Anweisungen für politisches Handeln. In diesem Sinne wurden/werden auf den Protesten immer wieder Ängste und Sorgen im Umgang mit den Covid-19-bedingten Sicherheitsmaßnahmen diskutiert. Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen das Tragen einer Maske, eine Impfpflicht und gegen die Informationspolitik der Regierung. Das Erleben sozialer Isolation oder die Sorge um die ökonomische Basis sind ebenfalls Teil der Kundgebungen. Die Protestierenden nehmen sich als Opposition, als Sprecher*innen jener Bürger*innen wahr, welche die politischen Maßnahmen nicht mittragen, und sehen sich als Ratgeber*innen für das Umgehen der Corona-Maßnahmen. So informieren sie beispielsweise darüber, wie Regelverstöße ohne juristische Folgen möglich sind.

Mit der Herausbildung neuer Koalitionen geht auch die Entstehung eines „alternativen Milieus“ (vgl. Reinhart, 2021) einher, das die Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen ablehnt, auf Misstrauen gegenüber der Politik und den sogenannten Mainstreammedien basiert, spezifische alternative Informationsquellen nutzt und soziale Kontakte vermehrt auf Gleichgesinnte und die Familie reduziert (vgl. die zunehmende Tendenz, Kinder häuslich zu schulen, um sie der Regelschule und damit verbundenen Sicherheits- und Hygienebedingungen zu entziehen). Die Corona-Protestierenden wollen die Deutungshoheit des öffentlichen Diskurses durchbrechen, als deren Sprachrohr sie die „Lügenpresse“ sehen, und gezielt eine Gegenöffentlichkeit schaffen, die durch eine spezifische Gruppe alternativer Medien (Zeitschriften oder TV-Kanäle) und über diverse soziale Netzwerke (vorrangig Telegram, aber auch Whatsapp und Facebook) gefestigt wird (Hanloser, 2021, S. 7). Dies soll die Mündigkeit der Bürger*innen gewährleisten, welche sich jenseits der politischen Öffentlichkeit aus ihrer Sicht kritisch über die Pandemie informieren und demgemäß selbst über die Notwendigkeit der Einhaltung der staatlich auferlegten Maßnahmen entscheiden. Die Stigmatisierung, die Corona-Protestierende oder Skeptiker*innen erfahren, trägt zusätzlich zu einem Rückbezug auf Gleichgesinnte bei und trennt Protestierende von – aus deren Perspektive – „Unmündigen“ und autoritätshörigen Bürger*innen.

Dies verweist nicht nur auf die Ambitionen der Bewegung, aus ihrer Sicht alternative Problemlösungen anzubieten, sondern auch auf wahrgenommene Repräsentationsdefizite in gegenwärtigen demokratischen Gesellschaften. Betroffene Gruppen fühlen sich häufig in Entscheidungsmechanismen kaum eingebunden. Auch wenn sich die FPÖ und ebenso die neu entstandene Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) mit den Corona-Protestierenden solidarisieren, hebt dies die Repräsentationslücke nicht auf, da viele Protestierende die (etablierten) Parteien ablehnen. Darauf

zurückzuführende Unzufriedenheit, Frustration und Wut¹³ kanalisieren sich während der Proteste in eher diffusen Forderungen nach Freiheit und Rückkehr zur „Normalität“. Die Artikulation der Befürchtung autoritärer Tendenzen mündete in die Forderung „Kurz muss weg“ oder – wie von einem Teil der Demonstrant*innen mittels Transparenten gefordert – „Kurz wegstößeln“ und jüngst „System Kurz muss weg“, „Schallenberg muss weg“ oder „Nehammer muss weg“. Das klare Freund-Feind-Schema der Corona-Protestierenden führt zu einer Zuspitzung und zeigt, dass sich die Vielfalt der Forderungen an der regierenden politischen Elite bricht. Dass mit dem geforderten Ersatz von Sebastian Kurz durch den FPÖ-Politiker Herbert Kickl ein Vertreter der weit rechts stehenden FPÖ (mit sehr guten persönlichen Kontakten zum Rechtsextremismus) zum Symbol des Widerstands gegen eine angeblich autoritäre Regierung stilisiert wird, ist zwar ein Widerspruch in sich, im Rahmen des spezifischen Charakters der Corona-Proteste aber möglich, ohne den Großteil der Demonstrierenden damit zu verschrecken. Infolge können die Corona-Proteste weniger als Aktionen intermediärer Akteur*innen verstanden werden, die Forderungen von Bürger*innen in Öffentlichkeit und Politik vertreten und damit den Weg für politische Veränderungen bahnen. Vielmehr lassen sich die Proteste als emotionalisierte, in ihrer visuellen und atmosphärischen Repräsentation patriotisch bis nationalistisch-völkisch konnotierte und verschwörungstheoretisch geprägte Ereignisse lesen.

Zusammengeschweißt wird die heterogene Bewegung vor allem durch die mit Verschwörungserzählungen unterfütterte Kritik an den Regierungsmaßnahmen und die populistische Frontstellung „des Volkes“ oder „der Bevölkerung“ gegen die als manipulativ charakterisierten und die Globalisierung repräsentierenden, zumeist ökonomisch gedachten Eliten. Die Corona-Proteste greifen damit die Widersprüche der Pandemie auf und transformieren sie in eine Kritik an der Regierung sowie an politischen Instanzen auf europäischer Ebene. Die bereits erwähnte Widersprüchlichkeit der Bewegung ist auch im Kontext der Beschränkungen der Proteste zu sehen. Zahlreiche Protestkundgebungen wurden mit Verweis auf das Pandemiegeschehen bzw. die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu Beginn des Jahres 2021 behördlich untersagt oder zumindest erschwert, und damit wurden auch die Mobilisierungsmöglichkeiten eingeschränkt. Während die Corona-Proteste lange Zeit friedlich verliefen und von Kundgebungen zur „Aufklärung“ der Bevölkerung und der Kritik der Regierung geprägt waren, veränderte sich die Dynamik der Proteste seit Januar 2021. Polizeilichen Verboten aufgrund der Nichteinhaltung der Sicherheitsmaßnahmen entgegneten die

¹³ Ein Großteil der Befragten fühlt sich angesichts der Situation wütend (84,7 %), beunruhigt (83,3 %), besorgt (88 %), frustriert (76,8 %) und rechtlos (61,3 %). Mehr als die Hälfte gibt zudem an, sich überwiegend machtlos (58,1 %) und den Behörden ausgeliefert zu fühlen (54,2 %) (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021). An der Datenerhebung der Corona-Protest Forschungswerkstatt waren neben Antje Daniel auch Markus Brunner, Florian Knasmüller, Felix Maile, Andreas Schadauer sowie Verena Stern beteiligt.

Organisator*innen mit zivilem Ungehorsam und nannten die Kundgebungen „Spaziergang“ oder meldeten eine religiöse Versammlung an. Seit dem Frühjahr 2021 überwiegt die Auseinandersetzung mit der Exekutive (Der Standard, 10.04.2021; Der Standard, 01.05.2021), dies lässt den Aspekt der Komplexität in den Hintergrund rücken. Protestverbote, vermehrte polizeiliche Regulierung und Überwachung, zahlreiche Klagen wegen Nichteinhaltung der Sicherheitsmaßnahmen oder wegen Verhetzung¹⁴, vor allem aber zunehmende offene Präsenz rechtsextremer Gruppierungen und Aktivist*innen haben zu einer politischen Polarisierung beigetragen, die die Demokratie in ihren grundlegenden Strukturen herausfordert (vgl. Della Porta, 2020; Mullis, 2020). Vor dem Hintergrund dieses widersprüchlichen Kontextes der Corona-Proteste beschreiben wir die internen Widersprüche der Bewegung beispielhaft anhand widersprüchlicher Koalitionen und dem Neuausloten des politischen Spektrums und der omnipräsenten Verschwörungsnarrative.

7.1. Wer sind die Corona-Protestierenden?

Die Corona-Proteste integrieren unterschiedliche neue wie etablierte Akteur*innen. Dabei werden politische Zugehörigkeiten und Koalitionen neu ausgehandelt. Einerseits wird beispielsweise von den Protestteilnehmer*innen bewusst eine Einordnung zwischen links und rechts abgelehnt. 63,1 % der Protestierenden gaben an, weder links noch rechts zu sein und diese Kategorien für unsinnig zu halten (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021). Medial werden die Proteste aber vorwiegend als rechte Bewegung mit – trotz Kritik – Offenheit nach weit rechts wahrgenommen (Der Standard, 27.03.2021). Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld unter den Protestierenden, das sowohl durch Abgrenzung als auch Toleranz gegenüber Rechten und rechtsextremen Gruppen geprägt ist. Viele Gruppierungen grenzen sich zwar verbal von Rechten und Rechtsextremen ab, schließen diese jedoch nicht von einer Beteiligung aus (Hanloser, 2021, S. 19). Dies veranschaulichen deutlich Plakate während der Proteste im November 2021, auf denen „Lieber mit der FPÖ laufen, statt mit den Linken schweigen“ postuliert wird. Die als Toleranz propagierte Offenheit gegenüber rechts zeigt sich auch im Wahlverhalten der Protestteilnehmer*innen: Demnach haben laut einer Umfrage (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021) 30 % der Teilnehmer*innen bei den Nationalratswahlen 2019 die FPÖ gewählt, und zum Umfragezeitpunkt wollten fast doppelt so viele, nämlich 57 %, diese Partei wählen. Die FPÖ fungiert also für etwas mehr als die Hälfte der Protestierenden als deren etablierte Repräsentantin innerhalb des österreichischen Parteienspektrums.

¹⁴ Vgl. etwa die Verurteilung des Aktivisten Martin Rutter, Mitorganisator von Corona-Demos, der vom Landesgericht Klagenfurt im März 2021 in erster Instanz nach dem Verhetzungsparagrafen zu einer bedingten viermonatigen Haftstrafe und einer Geldstrafe von 800 Euro verurteilt wurde. Das Urteil wurde vom Oberlandesgericht Graz im September 2021 aus formalen Gründen aufgehoben.

Da den Protestaktionen von den Regierungsparteien sowie auch den beiden anderen Oppositionsparteien die gewünschte Legitimität als Repräsentation der Zivilgesellschaft verweigert wird, könnte die FPÖ als Krisengewinnerin aus der Pandemie hervorgehen. Jedoch wird sich erst zeigen, ob sich die auf der Straße geäußerte Kritik letztlich im Wahlverhalten zugunsten der FPÖ widerspiegelt, nicht nur aufgrund der jüngsten politischen Ereignisse und Skandale. Mit dem Wahlerfolg der impfskeptischen Liste MFG bei den oberösterreichischen Landtagswahlen 2021 ist mittlerweile ein neuer kollektiver Akteur auf dem Feld der Pandemiepolitik aufgetreten, der Kritik an Corona-bezogenen Maßnahmen der Regierung und der Behörden mit grundsätzlicheren demokratiepolitischen Fragestellungen verbindet. Die FPÖ stellt jedenfalls eine Brücke zum Rechtsautoritarismus bzw. Rechtsextremismus dar.¹⁵ Auch wenn rechtsextremes Denken mehrheitlich verneint wird, stimmt ein hoher Prozentsatz der Protestteilnehmer*innen dennoch zur Gänze oder teilweise der Ablehnung von Minderheiten (61,7 %), explizitem Rassismus (47 %) oder Antisemitismus (40,7 %) zu (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021). Die Ablehnung der Autorität von Behörden, Regierung (und Wissenschaft) bei gleichzeitiger Offenheit gegenüber eindeutig autoritär geprägten, weit rechten Gruppierungen stellt einen zentralen Widerspruch dar, der für die heterogene Corona-Protestbewegung insgesamt charakteristisch ist. Die Corona-Proteste zeigen jedoch nicht nur, wie über ideologische Divergenzen hinweg weit rechte Positionen diskursiv anschlussfähig werden, sie spiegeln auch die Bruchlinie zwischen ökonomisch Abgesicherten und jenen, die ökonomisch von der Krise betroffen sind oder befürchten, dies bald zu sein.

7.2. Nichts Neues und doch präsent: Kapitalismuskritik als Teil von Verschwörungsnarrativen

Die Konjunktur von Verschwörungsnarrativen kann auch als Indikator gesellschaftlicher Probleme und fehlender politischer Antworten (Butter, 2018; Butter & Knight, 2020) interpretiert werden. Dabei ist die Verbindung zwischen Kritik am Kapitalismus und Verschwörungsszenarien keineswegs neu. Bereits 2004 sah Thomas Schmidinger in der von einem Teil der Globalisierungsgegner*innen vertretenen verkürzten Kapitalismuskritik strukturelle Ähnlichkeiten mit antisemitisch geprägten Verschwörungstheorien (Schmidinger, 2004). Diese Verbindung zeigt sich in einer vielfach recht unkritischen Verteidigung des Nationalstaats (bzw. eines meist völkisch geprägten Nationalismus) als Bastion gegen internationale Entwicklungen, die angeblich von „globalen Eliten“ geheim vorangetrieben werden. Besonders deutlich wird sie in der Unterscheidung von „Finanzkapital“ und „produktivem Kapital“, von Spekulant*innen und „ehrlichen Produzent*innen“, die „die Wut über den

¹⁵ Dominik Nepps (Landesparteiobmann der Wiener FPÖ) Aufruf zur Demo beim Schweizerhaus (Der Standard, 19.05.2021), dem Rechtsextreme und Neonazis wie Gottfried Küssel Folge leisteten, oder die Kooperation der FPÖ (insbesondere Herbert Kickls) mit der Identitären Bewegung weit über die Demonstrationen hinaus verdeutlichen die Nähe.

Kapitalismus“ kanalisiert und in „Wut auf bestimmte Bösewichte“ umwandelt. Solchen diskursiven Konstruktionen entsprechen Bilder wie das eindeutig antisemitisch konnotierte „Kraken-Motiv“. In Text und Bild werden auf diese Weise Organisationen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Welthandelsorganisation (WTO) geheime Zielsetzungen und Machenschaften zugeschrieben sowie einzelne Personen anstelle des kapitalistischen Systems zu Zielscheiben der Kritik gemacht. In der Covid-19-Pandemie-Variante tauchen solche antisemitischen und elitenfeindlichen Konstruktionen (vgl. Wetzel, 2008) beispielsweise dann auf, wenn George Soros oder Bill Gates als prominenten Vertretern des „Finanzkapitals“ vorgeworfen wird, sich an der Pandemie zu bereichern und diese absichtlich herbeigeführt zu haben. Die Dominanz von Verschwörungsnarrativen zeigt sich auch in der Umfrage unter den Protestteilnehmer*innen: 67,7 % der Befragten sind der Meinung, dass die Politik durch geheime Organisationen und Mächte beeinflusst wird, 88,1 % nehmen an, dass Medien und Politik unter einer Decke stecken. Die Idee, dass die Regierung mit den Impfungen Mikrochips implantieren will, finden 53 % zumindest nicht abwegig (Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2021).

Dieses und ähnliche Erklärungsmuster sind für „linke“ wie „rechte“ Kritik anschlussfähig, unter anderem deshalb funktioniert die Erzählung von der „Impfverschwörung“ in dieser heterogenen Protestbewegung so gut.¹⁶ Diese Verschwörungserzählung geht davon aus, dass globalisierte bzw. global orientierte politische und ökonomische Eliten geheime Pläne (etwa Verhaltensmanipulation in Richtung Konsum- und Wahlverhalten, Unfruchtbar machen der autochthonen Bevölkerung durch Impfungen oder Implantieren von Chips) verfolgen, die diesen Eliten das Weiterbestehen oder gar den Ausbau ihrer Machtpositionen und Profitoptionen garantieren, dem Großteil der Bevölkerung aber zum Schaden gereichen. Der auf den Protesten von Mitgliedern der Identitären Bewegung und dieser nahestehenden Aktivist*innen verbreitete Slogan „Großer Austausch. Great Reset. Stoppt den Globalistendreck“ steht symbolisch dafür.

Die Corona-Proteste können durch diese zwei Widersprüche charakterisiert werden. Anliegen und Ansprüche einzelner Protestierender oder Protestgruppen können aber durchaus weiter gefasst sein und das Verhältnis der Protestierenden zu Medien und zu Institutionen der Wissensproduktion, Aspekte körperbezogener Selbstbestimmung, Geschlechterpolitik oder das angespannt-ambivalente Verhältnis zwischen den Regierungsparteien ÖVP und Grüne (und den Oppositionsparteien SPÖ und Neos), der Oppositionspartei FPÖ, der neu entstandenen Partei MFG und den Protestierenden umfassen. In der Repräsentanz eines thematischen Konglomerats aus zum Teil widersprüchlichen

¹⁶ Alte antisemitische Feindbilder wie Freimaurer, Bilderberger, Familie Rothschild etc. werden zwar vorwiegend von Vertreter*innen der extremen Rechten verbreitet, von anderen Protestierenden aber zumindest toleriert.

Elementen, die durch die angesprochenen Klammern zusammengehalten werden, liegt die Attraktivität der Demonstrationen für die Protestteilnehmer*innen. Die Proteste bieten ein vielseitiges Auffangbecken nicht nur für konkrete Anliegen, sondern auch für diffuse Unzufriedenheit mit dem politischen System und dessen demokratischer Qualität. Zudem schaffen sie einen Raum zur Artikulation von Affekten und Emotionen. Nicht zuletzt bieten sie eine öffentliche Bühne für Rechte und rechtsextreme Gruppierungen, welche an die Proteste gegen Migrant*innen im Jahr 2015 anschließen können. Vermutet werden kann eine Neukonfiguration von Teilen der Gesellschaft in Corona-Milieus. Das Misstrauen gegenüber nationaler und europäischer Politik und globalen Eliten, die Schaffung von „alternativen“ Medien und eine Lebenspraxis ohne „Angst“ und „Panikmache“ – und damit verbunden das Nichteinhalten von Corona-Regeln – werden zu Indikatoren für Zugehörigkeit. Ob sich diese Prozesse verfestigen und rechte Tendenzen noch bestimmender werden oder die derzeit prognostizierte Spaltung der Gesellschaft zwischen den Corona-Milieus und dem Rest vorübergehend ist, wird wesentlich auch von der Dauer und vor allem dem politischen Umgang mit der Corona-Krise abhängen.

8. Ökologische Krise und konkurrierende Politiken zur Bearbeitung der Corona-Pandemie

Zu Beginn der Pandemie, die sich schockartig über die im Jahr 2019 intensivierte Politisierung der Klimakrise legte, gab es durchaus Stimmen in Richtung „Jetzt zeigt sich doch, dass wir etwas ändern können“. Deutlich wurde: Der Staat kann durchaus aktiv und mitunter gegen Wirtschaftsinteressen agieren – insbesondere zum Schutz von Gesundheit. Interessante Konflikte entstanden etwa um die Rettungspakete für Fluggesellschaften wie Lufthansa oder Austrian Airlines oder im Rahmen der Unterstützung der Automobilindustrie. Diese Hoffnung nahm immer mehr ab, und das Dispositiv „Zurück zur Normalität“ gewann die Oberhand.

Sowohl die Klimakrise als auch die seit 2020 bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs alles dominierende Covid-19-Pandemie müssen als Ausprägungen der ökologischen Krise verstanden und als solche bearbeitet werden. Denn die gemeinsame Ursache der beiden Krisen liegt in der expansiven, wachstumsgetriebenen Naturaneignung: So sind es insbesondere das fossile Produktions-, Energie- und Verkehrssystem sowie Formen industrieller Landwirtschaft, welche die globale Klimakrise immer weiter verschärfen. Dazu kommt die Zurückdrängung von natürlichen Lebensräumen für Massentierhaltung, Abholzung und Ressourcenausbeutung und die dadurch erhöhte Gefahr von Zoonosen, also der Übertragung von Viren von Tieren auf Menschen und der anschließenden globalen Verbreitung, die den Grundstein für die Covid-19-Pandemie legten (Wallace, 2020; Brad, Brand & Krams, 2020, S. 5). Die Klima- wie auch die Corona-Krise – als Ausprägungen einer umfassenden sozial-ökologischen Krise – sind dadurch gekennzeichnet, dass sie zwar natur- und

gesellschaftswissenschaftlich immer eindrücklicher beschrieben werden (IPBES, 2019; IPCC, 2018, 2021), aber kaum zur Desorientierung und Infragestellung der dominanten bestehenden Produktions- und Lebensweise führen, die als „imperial“ bezeichnet werden kann (Brand & Wissen, 2017). Eine Parallele, die sie auch mit der aktuellen, durch fossile Abhängigkeiten verursachten Energiekrise teilen.

Das hat strukturelle Ursachen: Ein zentraler Widerspruch gesellschaftlicher Reproduktion ist der zwischen einerseits einer expansiven kapitalistischen Ökonomie, die sich in den Alltag der Menschen einschreibt, und andererseits der Erhaltung der biophysischen Bedingungen menschlichen Lebens (Marx, 1996 [1867]; O'Connor, 1998; Altvater, 1991; Salleh, 2017). Zugespitzt hat sich dieser Widerspruch insbesondere mit der sogenannten Great Acceleration (Steffen et al., 2004), dem exponentiellen Anstieg sowohl des Energie- und Ressourcenverbrauchs als auch der Belastung der Ökosysteme. Ausgelöst wurde diese nach dem Zweiten Weltkrieg durch die stark expandierende Produktion, den dafür nötigen Infrastrukturausbau und die durch Wohlstandsgewinne ermöglichte Ausweitung der Konsumtion vor allem im globalen Norden.

Dieser Widerspruch wird seit den 1970er-Jahren als „ökologische Krise“ in unterschiedlichen Formen von sozialen Bewegungen und auf Grundlage wissenschaftlicher Studien politisiert. Vonseiten staatlicher und internationaler Politik, von Unternehmen und von der Bevölkerung wurde die Krise selektiv bearbeitet, bzw. versucht ihr entgegenzuwirken, ohne dabei jedoch ihre strukturellen Ursachen anzutasten. In der kritischen Sozialwissenschaft spricht man diesbezüglich von einer Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Jahn, 1991; Görg, 1999; von Winterfeld, 2006). Diese Krise wird wesentlich durch die kapitalistische Produktions- und Lebensweise sowie die damit verbundenen Machtverhältnisse, Technologien und Wissensregime verursacht. Außerdem wird betont, dass sowohl die Verantwortlichkeiten für als auch die Betroffenheit durch die ökologische Krise nicht nur global, sondern auch innerhalb der europäischen Gesellschaften höchst ungleich verteilt sind (Biesecker & Hofmeister, 2010).

8.1. Szenarien der Bearbeitung der ökologischen Krise im Kontext der Covid-19-Pandemie

Die Politiken zur Bearbeitung der Corona-Krise wirken sich durchaus widersprüchlich auf die Umwelt- und Klimapolitik aus. Einerseits gibt es Stimmen – wie seit Beginn der Corona-Krise die Wirtschaftskammer Österreich und die Industriellenvereinigung –, die sich gegen eine Verschärfung von Klimavorgaben (Der Standard, 11.05.2021) oder den Stopp klimaschädlicher Großprojekte wie die Lobau-Autobahn stemmen, damit „die Wirtschaft“ und „der Standort“ nicht unnötig belastet werden. Andere Positionen sehen in der Bereitschaft zu den enormen Investitionen, die zur Bearbeitung der Corona-Krise oder aktuell zur Überwindung von Energieimporten aus Russland getätigt werden, eine

Chance für die Beschleunigung einer sogenannten grünen Modernisierung und des damit einhergehenden gesellschaftlichen Umbaus.

Wir blicken auf die Corona-Krise als Kreuzungspunkt unterschiedlicher Pfade gesellschaftlicher Entwicklung vor dem Hintergrund längerfristiger Tendenzen. Entsprechend können in den Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der ökologischen Krise unterschiedliche gesellschaftspolitische Projekte identifiziert werden. Diese Projekte oder Szenarien sind Abstraktionen, innerhalb derer es Spannungen und Widersprüche, aber zwischen denen es auch einige Überschneidungen gibt. In unserer Darstellung dieser Projekte nehmen wir Bezug auf Beispiele sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene, die diesen Projekten analytisch zugeordnet werden können.

Das Projekt des business as usual, wie es sich etwa in der De-facto-Leugnung der Klimakatastrophe durch ein Festhalten an fossilen Industrien äußert, ist weiterhin sehr stark und artikuliert sich in der Corona-Krise als „Wirtschaft / Wachstum zuerst“ – im Falle von Covid-19 auch auf Kosten der Gesundheit von Beschäftigten, während der Energiekrise zulasten der Versorgungssicherheit privater Haushalte. Dieses Projekt scheint auf, wenn die Wirtschaftskammer in Österreich für eine Zukunft von Verbrennermotoren wirbt oder wenn in Zeiten der Klima-, Corona- und Energiekrise weiterhin in fossile Infrastrukturen wie Autobahnen, Flughäfen und Gaspipelines investiert wird. Auch das „Rettungspaket“ der österreichischen Regierung für die Austrian Airlines mit unzureichenden Klimaauflagen war ein Beleg dafür.¹⁷

Die Tendenz, die bestehende imperiale Produktions- und Lebensweise in der Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise nicht infrage zu stellen, kennzeichnet auch ein zweites Projekt: das der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus. Symbolhaft dafür steht der European Green Deal, den die neue EU-Kommission im Dezember 2019 ankündigte (Europäische Kommission, 2019) und mit dessen Hilfe die Überwindung der durch die Covid-19-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise gelingen soll.¹⁸ Es handelt sich um eine Strategie für grünes Wachstum, die auf der Annahme einer absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aufbaut und zur

¹⁷ Einen ganz anderen Ausdruck findet dieses Projekt der Beharrung in Zeiten der Corona-Krise außerdem durch Querfront-Demonstrationen gegen Maßnahmen gegen die Corona-Krise. Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern, in Österreich jedoch oftmals angeführt und organisiert durch Vertreter*innen der extremen Rechten, verharmlosen dabei die Auswirkung der Pandemie und tragen eine sozialdarwinistische Ideologie auf die Straße, mit der sie ihren Widerspruch zu pandemiebedingten Veränderungen zum Ausdruck bringen. Der Begriff „Freiheit“ wird zum zentralen Bezugspunkt des Entgegentreten gegen eine solidarische Organisation der Gesellschaft, in der das Wohl der „Schwächsten“ an erster Stelle steht.

¹⁸ Auf ihrer Webseite schreibt die EU Kommission, der European Green Deal „is also our lifeline out of the COVID-19 pandemic.“ (https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en).

Bearbeitung der Klimakrise primär auf technische Innovation setzt, anstatt die wachstumsgetriebene Ausweitung der Naturaneignung sowie die krisenvermittelnden sozialen Ungleichheiten umfassend zu bearbeiten. Angesichts zahlreicher Studien (Haberl et al., 2020; Parrique et al., 2019), die die Annahme einer absoluten Entkopplung zumindest kurz und mittelfristig infrage stellen, bleibt zweifelhaft, ob es diesem Projekt gelingt, hinsichtlich der Klimakatastrophe die 1,5-Grad- oder gar 2-Grad-Grenze nicht zu überschreiten und bezüglich der Gefahr zukünftiger Pandemien durch Zoonose die expansive Naturaneignung zu überwinden. Denn die Corona-Krise wird laut dieser Position als „externer Schock“ verstanden, also nicht inhärent mit den kapitalistischen Naturverhältnissen verbunden (s. o.).

Perspektiven und emanzipatorische Strategien radikaler sozial-ökologischer Transformationen zur Bearbeitung der ökologischen Krise wurden insbesondere von sozialen Bewegungen seit den 1970er-Jahren in den Diskurs getragen und haben wesentlich zur Politisierung der ökologischen Krise und zur Verknüpfung sozialer und ökologischer Belange beigetragen. Aus den letzten Jahren sind die Bewegung für Klimagerechtigkeit (in Österreich etwa System Change, not Climate Change oder Teile von Fridays for Future), Postwachstumsansätze (Schmelzer & Vetter, 2019) und feministische Bewegungen etwa mit dem Livelihood-Ansatz zu nennen (Überblick über die internationale Debatte in Kothari et al., 2019). Sie betonen, dass es für eine effektive und gerechte Bearbeitung der Klima- und Corona-Krise eines grundlegenden Umbaus der Produktions- und Lebensweise inklusive einer Demokratisierung ökonomischer Macht bedarf. Die Corona-Krise wird in diesem Zusammenhang daher als „endogener Schock“ verstanden, als Resultat der die Lebensweise charakterisierenden expansiven Naturaneignung (Brad, Brand & Krams, 2020; Krams, 2018). Die Bearbeitung der Krise müsste daher die kapitalistischen Wachstumstreiber sowie die damit verbundenen Interessen infrage stellen und konkret Konversion und Rückbau bestimmter Industrien (inklusive der Agrarindustrie) und Infrastrukturen (etwa Autobahnen) beinhalten. Zwar kam diese Perspektive in vereinzelt Stellungnahmen inmitten der Corona-Krise zum Ausdruck, und soziale Bewegungen konnten diskursive Teilerfolge erzielen. Adäquate Policies oder ein kohärentes politisches Projekt ergaben sich daraus jedoch nicht.

8.2. Ausblick

Als längerfristige Tendenz sehen wir das zweite Szenario als das wahrscheinliche für die EU und die meisten EU-Mitgliedsstaaten: eine sich verstetigende grün-kapitalistische Entwicklungsweise, die jedoch von permanenten ökologischen Krisen bis hin zu regionalen Kollapsen geprägt ist. Bisher erfolgt die Krisenbearbeitung entlang von technioptimistischen, wettbewerbsorientierten Handlungsansätzen, die sowohl Krisenursachen als auch die erwartbaren negativen Auswirkungen insbesondere für schwächere Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt lassen (Oberndorfer, 2020).

Die Pandemie wird nicht als zuvorderst ökologische Krise und schon gar nicht als Krise kapitalistischer Naturverhältnisse wahrgenommen. So bleibt die Thematisierung der Klimakrise weitgehend getrennt von der Pandemie. De facto wird aber in der Art der Krisenbearbeitung der Pandemie auch der Umgang mit der ökologischen Krise verhandelt. Die Mittel zur Bearbeitung der Pandemie stärken eine ökokapitalistische Modernisierung in EU-Europa und exemplarisch in Österreich. So könnten die Corona-Krise und die Art ihrer Bearbeitung tendenziell die grünen Kapitalfraktionen stärken und Lohnabhängige im Sinne eines grünen Wettbewerbskorporatismus in die Modernisierung einbinden. Allerdings wird das Projekt der ökologischen Modernisierung des europäischen Kapitalismus die Spannungen und Widersprüche dieses Entwicklungsmodells nicht bearbeiten, sondern eher vertiefen – und damit die sozial-ökologische Krise weiter zuspitzen. Die primär an Kapitalinteressen orientierte und tendenziell autoritäre Krisenpolitik, wie sie in der Covid-19-Pandemie „erprobt“ wurde, könnte sich auch auf die zukünftige Bearbeitung der Klimakrise übertragen. Die durch ineffektive Klimapolitik bedingte weitere Verschärfung der Klimakatastrophe könnte erneut für Mobilisierungen von der extremen Rechten unter dem Topos der „Freiheitsbeschränkungen“ genutzt werden. Nicht zuletzt treten die Beharrungskräfte des business-as-usual-Szenarios insbesondere in Konflikten rund um fossile Großprojekte immer wieder in Erscheinung.

Kaum berücksichtigt in der Krisenbearbeitung wird eine andere Gestaltung der Nord-Süd-Verhältnisse. Zu stark sind der Druck der globalen Konkurrenzverhältnisse und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Interessen. Auch die Produktion entlang der globalen Lieferketten wird aufgrund des Konkurrenzdrucks, außerhalb von Nischen, nicht sozialer und ökologischer werden. Besonders deutlich wird das daran, dass zwar durch die Politisierung der Klimakrise fossile Energieträger als Problem gesehen werden, nicht jedoch die expansive Nutzung anderer metallischer oder agrarischer Ressourcen und die sozio-ökonomischen wie ökologischen Folgen ihrer Förderung.

Die Corona-Krise akzentuiert also durchaus die Weichenstellungen im Hinblick auf einen Umgang mit der ökologischen Krise und stellt insofern eine strategische Verdichtung dar. Sie hat insbesondere im ersten Lockdown vor Augen geführt, welches Maß an Staatsinterventionismus – bis hin zu Fabrikschließungen – denkbar ist, wenn die Bedrohung durch eine (ökologische) Krise als essenziell wahrgenommen wird. Die enormen Hilfspakete im Zuge der aktuellen Energiekrise verschärfen diesen Eindruck. Diese Entschlossenheit ist in Bezug auf die Klimakrise trotz reichlich Symbolpolitik jedoch weiterhin nicht gegeben. Die größte Blockade für eine umfassende, die Krisen effektiv bearbeitende und an normativen Idealen von Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtete sozial-ökologische Transformation liegt in der kapitalistischen Wachstums- und Kommodifizierungslogik und deren tiefer institutioneller und veralltäglichter Einschreibung in die Re-Produktions- und Lebensweise sowie in die sie tragenden (internationalisierten) Kräfteverhältnisse (Schoppek & Krams, 2021).

9. Fazit und Schlussfolgerungen

Selten wurde eine Gesundheitskrise in der Öffentlichkeit derart intensiv und kontrovers diskutiert wie die Corona-Pandemie. Seit Beginn gab es ein reges Interesse an den Erkrankungszahlen, Inzidenzraten und Präventionsmaßnahmen, welche Diagnosen, aber auch Prognosen in der Pandemiebewältigung ermöglichten. Gleichzeitig waren die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie enorm umstritten – und bleiben es bis heute. Die Corona-Krise ist kein Phänomen sui generis, sondern wird maßgeblich von anderen Krisendynamiken geprägt, die sich mit der Pandemie artikulieren. Die von uns analysierten Felder globale Ökonomie, Arbeit, Care, Migration, Proteste, Demokratie und Umwelt verdeutlichen, dass die Corona-Krise vielmehr existierende Krisen sichtbar werden lässt, die sich im Prozess der Pandemie vertiefen, verschieben oder (re-)politisieren.

Unsere multidisziplinären Überlegungen zur Corona-Krise veranschaulichen, dass diese keine grundlegende gesellschaftliche Transformation angestoßen hat. Begriffe wie „Corona-Kapitalismus“ (Klein, 2020), die eine neue Spielart kapitalistischer Verhältnisse suggerieren, erscheinen uns deshalb nicht treffend. Die von uns identifizierten Bearbeitungsstrategien weisen viele Kontinuitäten zur vorherigen Konstellation auf. Stattdessen hat die Corona-Krise erstens bestehende Konfliktfelder dynamisiert und darin stattfindende Konflikte geschürt. Die Corona-Krise macht zweitens bestehende Ungleichheiten sichtbar und reproduziert, vertieft und verschränkt diese weiter. Die Vertiefung von sozialer Ungleichheit in den untersuchten Konfliktfeldern veranschaulicht, dass die dominanten Kräfteverhältnisse und Orientierungen durchaus weiterwirken. Drittens wird deutlich, dass in der Corona-Krise nicht nur eine Vertiefung bestehender Ungleichheiten stattfindet, vielmehr wird auf bestehende Ordnungen zurückgegriffen, wie an den Auseinandersetzungen um die Gestaltung von Care und Lohnarbeit besonders deutlich wird. Die Arrangements bestehender Ordnungen wirken als Puffer in Krisenzeiten. Beispielsweise wird an der massiven Ausbeutung migrantischer Arbeiter*innen aus Osteuropa in den Bereichen Sorge- und Erntearbeit festgehalten. Bestehende Herrschaftsstrukturen und dominante Akteurskonstellationen erwiesen sich als erstaunlich stabil und anpassungsfähig und reproduzierten mitunter ihre hegemoniale Stellung. Dies beinhaltet auch die weiterhin starke Orientierung an Wirtschaftswachstum und einer Politik, die die Bedingungen dafür schaffen soll. Gleichzeitig geriet der die kapitalistischen Verhältnisse stützende Mechanismus der Problemverlagerung (etwa in Raum oder Zeit) in der Krise jedoch stark an seine Grenzen. Die Verwundbarkeit durch globale Interdependenzen trat wie selten zuvor zutage und wurde im Alltag unmittelbar erfahrbar. Viertens beobachten wir eine Tendenz zur Aufwertung nationalstaatlicher Entscheidungsfindung und Problembearbeitung. Nicht zuletzt, weil relevante Ressourcen und Handlungskapazitäten zur Krisenbekämpfung erwartet werden – und in der Tat auch stärker als auf

anderen politischen Handlungsebenen vorhanden sind. Die Corona-Krise machte sichtbar, dass das „Ende des Nationalstaats“ immer mehr interessierte Erzählung als Zustandsbeschreibung war.

9.1. Fliehkräfte politischer Entfremdung

Die Reorientierung auf nationale Handlungsebenen und nationale Regierungen zeigte paradoxe politische Tendenzen: Einerseits führten die Herausforderungen der Pandemie zu gesteigerten, deutlich artikulierten Erwartungshaltungen an den (National-)Staat und seinen bürokratischen und politischen Apparaten. Andererseits beförderte die widersprüchliche Pandemiopolitik eine weitere Entfremdung in der Bevölkerung, einen Vertrauensverlust in Regierung und Politik, wobei dies sehr unterschiedliche Profile annimmt. Während etwa das Corona-Protest-Milieu die staatlichen Interventionen als Einschränkung der individuellen Freiheiten ablehnt, kritisiert ein anderer Teil der Bevölkerung den fehlenden politischen Willen und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit. Gleichzeitig wäre es vereinfacht, diese Tendenzen nur auf das Pandemie-Missmanagement zurückzuführen. Diese Entfremdungstendenzen und ein Vertrauensverlust in die Politik unterschiedlicher Lager reichen weiter zurück und wurden in den Jahren vor der Pandemie durch die permanenten politischen Krisen und Skandale der Regierungsparteien in Österreich zunehmend verstärkt. Während jedoch progressive und emanzipatorische Kräfte bis heute um eine Position für angemessene Pandemiopolitiken ringen, nutzt die Rechte (inklusive der außerparlamentarischen Gruppen) den Unmut, um die eigenen Positionen zu verstetigen und den amtierenden Parteien per se die Regierungsfähigkeit abzuspochen. Vor allem das Corona-Protest-Milieu könnte längerfristige Auswirkungen auf die Akteurskonstellation auf repräsentativer Ebene haben. Einerseits sind neue Parteien, wie Die Basis in Deutschland und MFG (Menschenrechte, Freiheiten, Grundrechte) in Österreich, direkt aus den Protestbewegungen entstanden, um sich in die repräsentative Politik einzubringen. Der Erfolg der MFG bei den Landtagswahlen in Oberösterreich im September 2021 sowie bei den Gemeindewahlen in Waidhofen und zahlreichen Gemeinden Tirols Anfang 2022 hat veranschaulicht, dass das Corona-Protest-Milieu die Politik nicht nur außerparlamentarisch herausfordern konnte, sondern durch die Wahlerfolge im Rahmen institutioneller Politik das parteipolitische Spektrum erfolgreich zu erweitern vermochte. Dieses Milieu überlappt sich mit zahlreichen anderen politischen und gesellschaftlichen Milieus, an deren Schnittstelle sich Verschwörungsnarrative verdichten, welche die zum Teil politisch diversen Lager zusammenbinden. Ob und inwieweit diese neuen Kräfte sich nachhaltig zu etablieren vermögen, bleibt allerdings zu diesem Zeitpunkt unklar. Andererseits haben sich etablierte rechte Parteien wie die AfD in Deutschland und, in weitaus größerem Ausmaß, die FPÖ in Österreich an Protesten gegen Anti-Corona-Maßnahmen beteiligt. Für die FPÖ, die sich im Laufe ihres Bestehens kaum je an Straßenmobilisierungen beteiligt hat, markiert dies einen bedeutsamen Bruch im Repertoire politischer Aktionsformen. Wie die Forschungsgruppe Cultures of Rejection festgestellt hat, ist zu

erwarten, dass „die ‚Kulturen der Ablehnung‘, aus welchen sich die Proteste speisen, über die Pandemie hinaus Bestand haben werden und sich auch in folgenden Krisensituationen mobilisieren und aktualisieren lassen“ (CuRe, 2022). Dies scheint uns im Kontext der aktuellen Energie- und Inflationskrise von besonderer Relevanz.

9.2. Emanzipatorische Alternativen

Anfänglich wurde die Pandemie auf linker Seite und zum Teil auch in umweltaktivistischen Kreisen als Zäsur wahrgenommen, die eine Chance auf die Neuorganisation der Gesellschaft in sich trüge. Die wichtige Rolle staatlicher Politik für die Pandemiebekämpfung wurde zunächst als Akt der Solidarität gesehen und mit der Hoffnung verbunden, andere gesellschaftliche Probleme und Krisen mit derselben Vehemenz anzugehen wie die Pandemie. Andere blickten hoffnungsvoll auf solidarische Praktiken der Selbstorganisation. Dies schlug aber ziemlich schnell um, als sich abzeichnete, dass das Pandemiemanagement z. B. die Interessen von Unternehmens- und Wirtschaftsverbänden priorisierte, wie bei den Konjunkturmaßnahmen für Fluglinien wie die Austrian Airlines deutlich wurde, die ohne soziale und ökologische Auflagen gewährt wurden. Auch die Schere zwischen Arm und Reich ging noch weiter auseinander: Laut einer Oxfam-Studie konnten im Zeitraum der Pandemie die zehn reichsten Milliardäre ihr Vermögen auf insgesamt 1,5 Billionen Dollar verdoppeln, während 163 Millionen Menschen mehr in Armut leben als vorher (Oxfam, 2022).

In Krisenzeiten kann besonders deutlich werden, dass soziale Verhältnisse umkämpft sind und es immer verschiedene Entscheidungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Und dennoch: Die Krise als Chance zu nutzen und emanzipatorische Alternativen zu schaffen, gelang von progressiver Seite bisher nicht. Politisierungen sozialer Verhältnisse blieben meist darauf beschränkt, dass auf bestehende Missstände und die Gefahren der Vertiefung sozialer Spaltungen innerhalb der Gesellschaften wie auch international hingewiesen wurde. Konkrete lokale Alternativen wie Nachbarschaftshilfen blieben meist kleinteilig und wenig nachhaltig. Die Enttäuschung über die ausbleibende Nutzung von Chancen, welche sich in der Pandemiebewältigung ergeben, zeigt sich auch auf internationaler Ebene: Die Nord-Süd-Dimensionen der Pandemie wurden kaum thematisiert. Initiativen, die Ausnahmeregelungen für Patentrechte erstreiten wollten, damit Länder des globalen Südens Impfstoffe produzieren können (der sogenannte Trips Waiver, siehe oben), blieben weitgehend erfolglos. Auch blieben die strukturellen Ursachen der Krise bisher weitgehend unhinterfragt. Weder die Eindämmung expansiver Naturaneignung noch der ungleiche Zugang zu Gesundheitsinfrastruktur und Impfstoffen wurden strukturell bearbeitet. Handlungsfähigkeit und überzeugende Narrative im Sinne einer Mobilisierung von globaler Solidarität – etwa für eine gemeinsame und inklusive Strategie der Pandemiebewältigung – konnten nicht erlangt werden.

9.3. Dynamiken zukünftiger Entwicklungen

Mit Fortschreiten der Pandemie wussten große Unternehmen und ihre Verbände mit privilegiertem Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen die Verschiebung der Machtdynamiken im Zuge der Krise zunehmend besser für sich zu nutzen. In der Bearbeitung der Pandemiefolgen könnten sich diese Asymmetrien weiter vertiefen: So deutet sich etwa im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bereits an, dass es zu Verschärfungen von Sanktionen gegenüber Arbeitssuchenden kommen könnte. Auch im Bereich Care, der durch die Pandemie speziell in den Fokus gerückt ist, gibt es bisher keine grundlegenden Ansätze zur Lösung der Care-Krise. Mit der Pflegereform im Jahr 2022 sind in Österreich neue finanzielle Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung gestellt worden, dennoch braucht es weiterhin Verbesserungen, inklusive einer Abkehr von der Ausrichtung der Pflege am Markt. Das Corona-Protest-Milieu veranschaulicht „neue“ gesellschaftliche Konfliktlinien. Wie sich diese in Zukunft, etwa in Hinblick auf die Bearbeitung der Klimakrise auswirken, ist offen.

Zu vermuten ist, dass die Renationalisierung von Politik auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen wird. Zudem gelang es während der Pandemie, einen nationalistischen Konsens herzustellen, der die Priorisierung der „eigenen“ Bevölkerung als selbstverständlich setzte. Die Strategie kleinräumlicher Kontrolle von Infektionen hat die Bedeutung von Grenzregimen wiederaufleben lassen und zu einer Renationalisierung der Politik wie der Durchbrechung von globaler Mobilität geführt. Hierbei handelt es sich um kein Alleinstellungsmerkmal Österreichs, allerdings wurde etwa im Zuge des Streits um die Impfstoffverteilung unter den EU-Staaten deutlich, dass die türkis-grüne Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz besonders gewillt war, diesen Konsens zu befeuern.

Im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik kann der European Green Deal als institutionelle Absicherung des eingeschlagenen Pfades der grünen Modernisierung gesehen werden. Ein grün-kapitalistisches Projekt geht damit tendenziell gestärkt aus der Krise heraus – auch wenn gerade in diesem Bereich der aktuelle Krieg gegen die Ukraine besondere Dynamiken verursacht. Dennoch kommt es in den von uns in diesem Text diskutierten unterschiedlichen Bereichen durchaus zu kleinen Verschiebungen: Es ist gelungen, Klimaproteste weiterzuführen, und es bilden sich neue Allianzen und Forderungen im Bereich von Gesundheit, Pflege und sozialer Reproduktion.

Die von uns herausgearbeiteten Dynamiken stimmen räumlich und zeitlich nicht immer miteinander überein, sodass sich ein komplexes Feld von Verschiebungen, Vertiefungen und Dynamisierungen der Krisenszenarien und ihrer Problemlösungen ergibt. Zugleich überlappen sich die thematischen Krisenfelder und Akteurskonstellationen, es können sich Konfliktknoten verstärken oder vermindern. Daher ist es bei der Analyse der Corona-Krise wichtig, einerseits die sich überlappenden Krisenfelder zu betrachten, andererseits die intersektionale Vertiefung von Ungleichheit und die

Restrukturierung von Hegemonie. Eine analytisch-politische Frage ist dabei immer: Wer ist eher in der Lage, Interessen zu artikulieren, Bündnisse zu schmieden und dann Interessen durchzusetzen? Eine politisch-strategische Frage wiederum ist, wie die Gesellschaft mit der Sehnsucht nach einer Rückkehr zur Normalität in breiten Teilen der Bevölkerung umgeht. Zwei Jahre Pandemie und nun der Krieg in der Ukraine machen diesen Wunsch nur allzu verständlich. Gleichzeitig impliziert ein back to normal, jenen Normalzustand zurückzufordern, der nicht nur für viele ebenso prekäre und ausbeuterische Verhältnisse bedeutet wie der Ist-Zustand, sondern der auch auf Naturverhältnissen beruht, die die Existenzgrundlage des Planeten und des menschlichen Lebens unwiederbringlich zerstören.

Die aktuelle Bearbeitung der Corona-Krise und die Artikulation mit anderen Krisen- und Konfliktdimensionen könnte für die Bearbeitung zukünftiger Krisen von Bedeutung sein. Beispielhaft zu erwähnen wäre die weitreichende Durchsetzung eines Ausnahmezustandes oder das Aufkeimen rechter Mobilisierungen und, damit verbunden, möglicherweise dauerhafter starker rechter Orientierungen in der Gesellschaft. Aus der Perspektive der sich vielfach überlappenden Krisenfelder, welche sich vertiefen, verschieben oder (re-)politisieren, ist es kaum sinnvoll, von einer generellen Spaltung der Gesellschaft zu sprechen. In akademischen und medialen Debatten dient der Begriff der Spaltung in vielfacher Weise dazu, die Dramatik der Krise und ihre möglichen Folgewirkungen zu betonen. Nach unserer Analyse wäre die Frage zu stellen, ob es nicht sinnvoller wäre, von multiplen Spaltungen bzw. Spaltungslinien zu sprechen, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Brüche innerhalb der skizzierten Konflikt- und Krisenfelder aufzeigen. Was dies für die Neuzusammensetzung von Klassenbündnissen bedeutet, wurde, anders als bei den Debatten um Rechtspopulismus, noch nicht hinreichend diskutiert.

Wir sehen, es gibt angesichts der in diesem Text dargestellten Komplexität einigen Forschungsbedarf. Wir haben einige begriffliche Vorschläge gemacht und Einsichten aus unseren unterschiedlichen Forschungsfeldern vor dem Hintergrund gemeinsamer Problem- und Fragestellungen reflektiert. Für weitere Forschungen ermuntern wir dazu, sich nicht der Komplexität gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen auszuliefern, sondern konkrete Einstiegspunkte zu wählen und ausgehend von diesen die vielfältigen Verknüpfungen in den Blick zu nehmen.

Literaturverzeichnis

- #LeaveNoOneBehind (2022). Solidarität statt Moria! <https://Inob.net/> [03.02.2022].
- Al-Rodhan, N. R. F. (2005). Definitions of Globalization. A Comprehensive Overview and a Proposed Definition. GCSP Occasional Papers. <https://tinyurl.com/yvww8swp> [23.09.2021].
- Alarm Phone (2019). Homepage. <https://alarmphone.org/en/> [03.02.2022].
- Altvater, E. (1991). Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- AMS [Arbeitsmarktservice Österreich]. (2021). Spezialthema zum Arbeitsmarkt Oktober 2021. <https://tinyurl.com/5z2aw46z> [30.11.2022].
- Anner, M. (2020). „Leveraging Desperation. Apparel Brands’ Purchasing Practices during Covid-19“ – School of Labor and Employment Relations. New Center Research Report. Pennsylvania State University Center for Global Workers’ Rights. <https://tinyurl.com/44czmxcp> [30.11.2022].
- Antràs, P. (2020). Conceptual Aspects of Global Value Chains. World Bank Policy Research Working Paper No. 9114. World Bank. <https://papers.ssrn.com/abstract=3523461> [30.11.2022].
- Aulenbacher, B., Lutz, H. & Schwiter, K. (Hrsg.). (2021). Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland. Österreich und der Schweiz.: Weinheim: Beltz Juventa.
- Bäckermann, L. & Birke, P. (2021). Gefährliche Orte. In Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie (S. 143–164). Wien: Mandelbaum.
- Bäckermann, L., Birke, P., Keil, D. & Reinhardt, D. (2021). Einleitung: Soziale Kämpfe in pandemischen Zeiten. In Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie (S. 7–29). Wien: Mandelbaum.
- Baldwin, R. & Freeman, R. (2020). Trade Conflict in the Age of Covid-19. VoxEU.org <https://voxeu.org/article/trade-conflict-age-covid-19> [13.07.2021].
- Bauer, S., Eglseer, D. & Hödl, M. (2020). Pflege während der Covid-19 Pandemie. ProCare, 25(8), 48–53.
- Bello, W. (2013). Capitalism’s Last Stand? London: Zed Books.
- Bello, W. (2004). Deglobalization: Ideas for a New World Economy. Dhaka: University Press Ltd.
- Berger, C. & Soder, M. (2021). Gestalten, what else? Das Update zur EU-Industriestrategie. A&W Blog. <https://awblog.at/update-zur-eu-industriestrategie/> [07.09.2021].
- Bergfeld, M. & Farris, S. (2020). The Covid-19 Crisis and the End of the „Low-skilled“ Worker. Spectre Journal. <https://spectrejournal.com/the-covid-19-crisis-and-the-end-of-the-low-skilled-worker/> [09.09.2022].
- Berghammer, C. (2021). Childcare and Housework During the First Lockdown in Austria: Traditional Division or New Roles? Journal of Family Research, 34(1), 99–133.
- Berkhout, E., Galasso, N., Lawson, M., Rivero Morales, P. A., Taneja, A. & Vázquez Pimentel, D.A. (2021). The inequality Virus. Bringing together a world torn apart by coronavirus through a fair, just and sustainable economy. Oxfam International. <https://tinyurl.com/yfkh3nw8> [03.02.2022].
- Bieling, H. J. (2013). Das Projekt der Euro-Rettung und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus. Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 20(1), 89–103.
- Biesecker, A. & Hofmeister, S. (2010). Focus: (Re)productivity: Sustainable relations both between society and nature and between the genders. Ecological Economics, 69(8), 1703–1711.
- Biesecker, A. & Winterfeld, U. (2014). Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper 2/2014 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. Jena.
- Birke, P. & Bluhm, F. (2019). Arbeitskräfte willkommen. Neue Migration zwischen Grenzregime und Erwerbsarbeit. Sozial.Geschichte Online, 25, 11–43.
- Birke, P. (2020). Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie. Sozial.Geschichte Online, 27, 137–154.

- Bluhm, F., Birke, P. & Stieber, T. (2021). Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Untersuchung zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten. SOFI Working Paper 2021-21. Göttingen: SOFI.
- BMSGPK [Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz]. (2021). Covid-19. Analyse der sozialen Lage in Österreich (Kapitel 6). Wien: BMSGPK.
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Huemer, U. & Hyll, W. (2021a). Der österreichische Arbeitsmarkt im Zeichen der Covid-19-Pandemie. WIFO-Monatsberichte, 5/2021, 371–388.
- Bock-Schappelwein, J., Fink M., Mayrhuber, C. & Rocha-Akis, S. (2021b). Selbständig Erwerbstätige in Österreich – Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der Covid-19-Krise. WIFO-Monatsberichte, 3/2021, 205–233.
- Brad, A., Brand, U. & Krams, M. (2020). Zur politischen Ökologie von Klima- und Corona-Krise. Forum Wissenschaft, 3/2020, 4–7.
- Brand, U. & Wissen, M. (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom.
- Brand, U. (2020). Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie: Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg: VSA.
- Bratton, B. (2021). The Revenge of the Real. Politics for a Post-Pandemic World. London: Verso.
- Brown, W. (2019). In the Ruins of Neoliberalism: The Rise of Antidemocratic Politics in the West. New York: Columbia University Press.
- Butollo, F. (2020). Digitalization and the Geographies of Production: Towards Reshoring or Global Fragmentation? Competition and Change, 25(2), 259–278.
- Butollo, F., Staritz, C. (2022). Deglobalisierung, Rekonfiguration oder Business as Usual? COVID-19 und die Grenzen der Rückverlagerung globalisierter Produktion. Berliner Journal für Soziologie, 32(3), 393–425.
- Brubaker, R. (2021). Paradoxes of Populism during the Pandemic. Thesis Eleven, 164(1), 73–87.
- Butter, M. (2018). „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp.
- Butter, M. & Knight, P. (Hrsg.). (2020). Routledge Handbook of Conspiracy Theories. London: Routledge.
- Carstensen, L., Heimeshoff, L. & Riedner, L. (2018). Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration. Sozial.Geschichte Online, 23, 235–269.
- Castel, R. (2000). Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UKV.
- Castel, R. & Dörre, K. (Hrsg.). (2009). Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.
- Cattaneo, O., Gereffi, G. & Staritz, C. (Hrsg.). (2010). Global Value Chains in a Postcrisis World: A Development Perspective. World Bank Publications.
- Comas-Herrera, A., Marczak, J., Byrd, W., Lorenz-Dant, K., Patel, D., Pharoah, D. (Hrsg.) & LTCcovid contributors (2022). LTCcovid International Living Report on Covid-19 and Long-Term Care. LTCcovid, Care Policy & Evaluation Centre, London School of Economics and Political Science.
- Corona-Monitor (Hrsg.). (2021). Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie. Wien: Mandelbaum.
- Council of the European Union (2021). Council Conclusions on Intellectual Property Policy. Outcome of Proceedings 9932/21. General Secretariat of the Council. <https://www.consilium.europa.eu/media/50529/st-9932-2021-init.pdf> [20.09.2021].
- CuRe [Cultures of Rejection Research Group]. (2022). „Kulturen der Ablehnung“ in der Corona-Krise Eine Analyse der Maßnahmenproteste der Corona-Pandemie in digitalen Umwelten. <http://www.culturesofrejection.net/files/Cure-Cov19-Germany-Summary.pdf> [20.11.2022].
- Daniel, A. (2017). Occupy. Städtische Besetzung als utopisches Experimentierfeld. In A. Schoch & R. Bürgin et al. (Hrsg.), Urbane Widerstände – Urban Resistance (S. 97–117). Bern: Peter Lang.
- Debray, R. (1973). Time and Politics. In ders., Prison Writings (S. 87–160). New York: Random House.

- Della Porta, D. (2020). Social Movements in Times of Pandemic. Another World is Needed. *Opendemocracy.net*. <https://tinyurl.com/55wpjvsv> [25.05.2021]
- Della Porta, D. & Diani, M. (1999). *Social Movements. An introduction*. Oxford: Blackwell.
- Demirović, A., Dück, J., Becker, L. & Bader, P. (2011). Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In dies. (Hrsg.), *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus* (S. 11–28). Hamburg: VSA.
- Der Standard (2021, 1. Mai). Polizei bereitet sich auf Wochenende vor – auch eine Corona-Demo ist angesagt. <https://tinyurl.com/34pxcmws> [25.05.2021].
- Der Standard (2021, 27. März). Corona-Demos: Neonazis treten wieder aus dem Schatten. <https://tinyurl.com/yc4z7cae> [25.05.2021].
- Der Standard (2021, 10. April). Corona-Demo: Ein Marsch im Kreis und mit Pfeffersprayeinsatz. <https://tinyurl.com/mb7jbm3> [25.05.2021]
- Der Standard (2021, 11. Mai). WKO zu Entwurf des Klimagesetzes: „Äußerst problematisch“, teils „untragbar“. <https://tinyurl.com/2p6av6zt> [02.02.2022].
- Der Standard (2021, 19. Mai). Regierungsspitze wird von Corona-Leugnerin interviewt. <https://tinyurl.com/yckudws6> [25.05.2021].
- Derndorfer, J., Disselbacher, F. & Lechinger, V. (2020). Corona-Krise als Instrument der Gleichstellung? *A&W Blog*. <https://awblog.at/corona-krise-als-instrument-der-gleichstellung> [09.01.2021].
- Deuerlein, M. (2021). Ende der Globalisierung? Eine historische Perspektive. *geschichtedergegenwart.ch*. <https://geschichtedergegenwart.ch/ende-der-globalisierung-eine-historische-perspektive> [30.11.2022].
- Dietz, K. (2021). Pandemie trifft Krise(n): Covid-19 in Lateinamerika (Zur Diskussion). *Peripherie*, 40(159+160), 31–32.
- Dowling, E. (2022). Sackgasse Finanzialisierung: Je mehr Gewinn, desto weniger Care. *AEP-Informationen*, 2022(1) (Mehr für Care).
- Dowling, E. (2021). *The Care Crisis. What Caused It and How Can We End It?* London: Verso.
- Dörre, K. (2020). Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. *Berliner Journal für Soziologie*, 30, 165–190.
- DuBrin, R. & Gorham, A. E. (2021). Algorithmic Interpellation. *Constellations*, 28(2), 176–191.
- Duncker, S. (2020). Das Corona-Dispositiv. In C. Arnold, O. Flügel-Martinsen, S. Mohammed & A. Vasilache (Hrsg.), *Kritik in der Krise. Perspektiven politischer Theorie auf die Corona-Pandemie* (S. 87–102). Baden-Baden: Nomos.
- Dursun, A., Kettner, V. & Sauer, B. (2021). Corona, Care, and Political Masculinity. *Gender-Critical Perspectives on Governing the Covid-19 Pandemic in Austria*. *Historical Social Research*, 46(4), 50–71.
- Eder, J., & Schneider, E. (2018). Progressive Industriepolitik – Ein Ausweg für Europa!? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 44(4), 471–502.
- Ehs, T. (2020). *Krisendemokratie. Sieben Lektionen aus der Coronakrise*. Wien: Mandelbaum.
- Ehrich, C. (2020). „Guckt mich an!“ – Anti-Asiatischer Rassismus und die Corona-Pandemie. *Überblick*, 3, 10–12.
- Enderlein, H. (2013). Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie. *Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008–2013. Die Versprechen der Demokratie*. 25. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (S. 45–75). Baden-Baden: Nomos.
- EP [European Parliament]. (2021). RC-B9-0306/2021. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0283_EN.html [20.09.2022].
- Eppel, R., Huemer, U. & Mahringer, H. (2020). *Unternehmensmonitor Arbeitslosigkeit. Die Rolle der Unternehmen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*. WIFO, März 2020.
- Europäische Kommission (2019). *Der Europäische Grüne Deal*. COM(2019) 640 final. Brüssel.
- Eyal, G. (2019). *The Crisis of Expertise*. Cambridge: Polity Press.

- Forschungswerkstatt Corona-Proteste (2021). Corona-Protest Report. Narrative – Motive – Einstellungen. Universität Wien. <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3>
- Fraser, N. (2016). Contradictions of Capital and Care. *New Left Review*, 100, 99–117.
- Friedrich, S. & Scholz, N. (2021). Klassenkämpfe während Corona – und Perspektiven für die Zeit danach. Schlaglichter auf die Lage der Beschäftigten in ‚systemrelevanten Berufen‘. In D. F. Bertz (Hrsg.), *Die Welt nach Corona. Von den Risiken des Kapitalismus, den Nebenwirkungen des Ausnahmezustands und der kommenden Gesellschaft* (S. 615–34). Berlin: Bertz + Fischer.
- Gardezi, M. & Stock, R. (2021). Growing Algorithmic Governmentality: Interrogating the Social Construction of Trust in Precision Agriculture. *Journal of Rural Studies*, 84, 1–11.
- Gärtner, M. & Scambor, E. (2020). Caring Masculinities. Über Männlichkeiten und Sorgearbeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 45, 22–27.
- Gewerkschaft GPA-djp (o. D.). Sozialbereich: Corona-Bonus für alle! <https://tinyurl.com/5n7uuaje> [25.11.2021]
- Gferer, A. & Gferer, N. (2021). Arbeitssituation und Gedanken an einen Berufsausstieg – GuK-C19-Studie. *ProCare*, 26(6–7), 50–52.
- Ghosheh, N. & Messenger, J. C. (Hrsg.). (2013). *Work Sharing During the Great Recession: New Developments and Beyond*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Giannetti, D. (2013). Mario Monti’s Technocratic Government. *Italian Politics*, 28(1), 133–152.
- Gill, S. (1992). The Emerging World Order and European Change. *Socialist Register*, 28, 157–196.
- Gill, S. & Cutler, A. C. (Hrsg.). (2014). *New Constitutionalism and World Order*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Görg, C. (1999). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Greive, M. (2020, 20. Oktober). „Größenordnungen der Krise stellen alles in den Schatten“ – Schuldenbremse droht der schleichende Tod. *Handelsblatt*. <https://tinyurl.com/47f52xyj> [01.03.2021].
- Griglio, E. (2020). Parliamentary Oversight Under the Covid-19 Emergency: Striving Against Executive Dominance. *The Theory and Practice of Legislation*, 8(1–2), 49–70.
- Haass, R. (2020). The Pandemic Will Accelerate History Rather Than Reshape It. <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-04-07/pandemic-will-accelerate-history-rather-reshape-it> [09.04.2021].
- Haberl, H., Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Brockway, P. et al. (2020). A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, part II: Synthesizing the insights. *Environmental Research Letters*, 15(6), 065003.
- Hacker, B. (2020). Richtungswechsel in der Krise. Wie die EU das Corona Krisenmanagement nutzt. *Kurswechsel*, 3, 82–87.
- Hader, C. (2021). Oben rechts #InZeitenVonCorona. In Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie* (S. 123–142). Wien: Mandelbaum.
- Hall, S. (1979). The Great Moving Right Show. *Marxism Today*, January 1979, 14–20.
- Hanloser, G. (2021). Nicht rechts, nicht links? Ideologien und Aktionsformen der „Corona-Rebellen“. *Sozial.Geschichte Online*, 29, 1–43.
- Hänsel, V., Heyer, K., Schmidt-Sembner, M. & Schwarz, N. V. (2022). Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand. In dies. (Hrsg.), *Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV* (S. 7–35). Berlin: Assoziation A.
- Harder, A., Opratko, B. (2021). Kein Schaf sein. Die Kultur der Ablehnung und ihr Klassencharakter. *Luxemburg*, 1, 36–47.
- Harvey, D. (1989). *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Oxford: Blackwell.
- Haubner, T. (2017). *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft: Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt: Campus.
- Haug, F. (2010). Krise. In W. F. Haug, F. Haug & P. Jehle (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/II* (S. 2121–2146). Hamburg: Argument.

- Hay, C. (1999). Crisis and the Structural Transformation of the State. Interrogating the Process of Change. *British Journal of Politics & International Relations*, 1(3), 317–344.
- Hänel, L. (2020). Coronavirus: Stresstest für die Demokratie. Deutsche Welle. <https://www.dw.com/de/coronavirus-stresstest-f%C3%BCr-die-demokratie/a-53061016> [17.02.2021].
- Holst, H., Fessler, A. & Niehoff, S. (2020). Covid-19, Social Class and Work Experience in Germany. Inequalities in Work-Related Health and Economic Risks. *European Societies*, 23(sup1), 495–512.
- Home, A. (2021). Goldman Proclaims the Dawn of a New Commodity Supercycle. *reuters.com*. <https://www.reuters.com/article/idUSKBN29A1QM> [21.09.2021].
- Horner, R. & Nadvi, K. (2018). Global Value Chains and the Rise of the Global South: Unpacking Twenty-First Century Polycentric Trade. *Global Networks*, 18(2), 207–237.
- Huke, N. (2021). Subalterne Proteste. In Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.), *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie* (S. 106–122), Wien: Mandelbaum.
- ILO [International Labour Organization]. (2020). Policy Brief. The World of Work and Covid-19. <https://tinyurl.com/yp9hcu8u> [04.02.2022].
- IMF [International Monetary Fund]. (2021). Fiscal Monitor. A Fair Shot. <https://tinyurl.com/2ufbuphj> [23.09.2021].
- IPBES [Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services]. (2019). *Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services*. Bonn: IPBES. <https://ipbes.net/global-assessment> [04.02.2022].
- IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change]. (2018). *Global Warming of 1.5°C. IPCC Special Report on the Impacts of Global Warming of 1.5°C Above Pre-Industrial Levels and Related Global Greenhouse Gas Emission Pathways, in the Context of Strengthening the Global Response to the Threat of Climate Change, Sustainable Development, and Efforts to Eradicate Poverty*. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf [04.02.2022].
- IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change]. (2021). Summary for Policymakers. In IPCC. *Climate Change 2021: The Physical Science basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-i/> [10.05.2022].
- Irwin, D. A. (2020). The Pandemic Adds Momentum to the Deglobalization Trend. *PIIE*. <https://www.piie.com/blogs/realtime-economic-issues-watch/pandemic-adds-momentum-deglobalization-trend> [01.05.2020].
- Jahn, T. (1991). *Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts*. Frankfurt: Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Jessop, B. (2015). The Symptomatology of Crises, Reading Crises and Learning from Them. Some Critical Realist Reflections. *Journal of Critical Realism*, 15(3), 238–271.
- Kannankulam, J. (2016). Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“. In A. Demirović (Hrsg.), *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation* (S. 35–47). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kiely, R. (2017). From Authoritarian Liberalism to Economic Technocracy: Neoliberalism, Politics and ‚De-Democratization‘. *Critical Sociology*, 43(4–5), 725–745.
- Klein, N. (2020). Coronavirus Capitalism – And How To Beat It [Transkript]. *The Intercept*, March 16th. <https://theintercept.com/2020/03/16/coronavirus-capitalism/> [04.02.2023].
- Kothari, A., Salleh, A., Escobar, A., Demaria, F. & Acosta, A. (Hrsg.). (2019). *Pluriverse: A Post-Development Dictionary*. Delhi: Tulika and Authors Upfront. <https://radicalecologicaldemocracy.org/pluriverse> [04.02.2022].
- Krams, M. (2018). Die Klima- und Vielfachkrise der letzten Dekade. Dynamiken, Wechselwirkungen und Interventionsfelder. *Kurswechsel*, 4, 67–77.

- Krisch, A., Novy, A., Plank, L., Schmidt, A. E. & Blaas, W. (2020). Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens – Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung. The Foundational Economy Collective. <https://tinyurl.com/3c7ah6xd> [04.02.2022].
- Lapavitsas, C. (2020). When Capitalism met Covid. Tribune. <https://tribunemag.co.uk/2020/11/when-capitalism-met-covid> [04.02.2022].
- Laufenberg, M. & Schultz, S. (2021). The Pandemic State of Care: Care Familialism and Care Nationalism in the Covid-19-Crisis; the Case of Germany. *Journal of Historical Social Research*, 46(4), 72–99.
- Leichsenring, K., Schmidt, A. & Staflinger, H. (2021). The Second Wave Has Hit Austria Harder – Also in Care Homes. Country Reports: Covid-19 and Long-Term Care. <https://ltccovid.org/2020/11/27/the-second-wave-has-hit-austria-harder-also-in-care-homes/> [05.02.2022].
- Lemke, M. (2017). *Demokratie im Ausnahmezustand: Wie Regierungen ihre Macht ausweiten*. Frankfurt: Campus.
- Lessenich, S. (2020). Grenzen der Solidarität. Covid und die Strukturen globaler sozialer Ungleichheit. <https://tinyurl.com/3aedmjz3> [03.02.2022].
- Lichtenberger, H. & Wöhl, S. (2020). Care-Work und unbezahlte Mehrarbeit von Frauen in der Covid-19 Krise. In T. Schmidinger & J. Weidenholzer (Hrsg.), *Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen* (S. 455–463): Wien: Bahoe Books.
- Lund, S., Manyika, J., Francisco, S., Woetzel, J., Bughin, J., Krishnan, M., Seong, J. et al. (2019). *Globalization in Transition: The Future of Trade and Value Chains*. McKinsey Global Institute.
- Lund, S., Manyika, J., Woetzel, J., Barriball, E., Krishnan, M., Alicke, K., Birshan et al. (2020). *Risk, Resilience, and Rebalancing in Global Value Chains*. McKinsey Global Institute.
- Mader, K., Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V. & Six, E. (2020). Zeitverwendung von Paarhaushalten während Covid-19. Blog 1: Genderspezifische Effekte von Covid-19. <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffektevon covid-19/1blog> [05.02.2022].
- Madner, M. (2020, 24. März). 100 Millionen Euro für die Pflege, Wiener Zeitung.
- Many Pod #3. (2020). Spargel und Rassismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://tinyurl.com/27zzub9t> [30.11.2022].
- Marx, K. (1996 [1867]). *Das Kapital*, Band 1. Marx-Engels-Werke 23. Berlin: Dietz-Verlag.
- Mätzke, M. (2011). Individuelles Verhalten und sozialpolitische Anreize: Das fordernde Element im Wohlfahrtsstaat. *WSI-Mitteilungen*, 64(1), 3–10.
- Mazohl, M. (2022, 12. Mai). Flucht aus den Pflegeberufen: Pflexit droht. *Arbeit & Wirtschaft*. <https://www.arbeit-wirtschaft.at/pflexit-pflegenotstand-arbeitsbedingungen-pflege-analyse/> [30.11.2022].
- Mazzucato, M. (2013). *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London: Anthem Press.
- Mbembe, A. (2003). Necropolitics. *Public Culture*, 15(1), 11–40. Translated by Libby Meintjes.
- Mecheril, P. (2010). Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In P. Mecheril, M. d. M. Castro Varela, I. Dirim, A. Kalpaka & C. Melter (Hrsg.), *Migrationspädagogik* (S. 7–22). Weinheim: Beltz Juventa.
- Merkel, W. (2020). Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie. *WSI-Mitteilungen*, 73(6), 445–453.
- Mezzadra, S. & Neilson, B. (2013). *Border as Method, or the Multiplication of Labor*. Durham, NC: Duke University Press.
- Mezzadra, S. (2015). The Proliferation of Borders and the Right to Escape. In Y. Jansen, R. Celikates & J. de Bloois (Hrsg.), *The Irregularization of Migration in Contemporary Europe. Detention, Deportation, Drowning* (S. 121–135). London: Rowman & Littlefield International.
- Mirowski, P. (2014). *Never Let a Serious Crisis Go To Waste*. London: Verso.

- Mullis, D. (2020). Protest in Zeiten von Covid19: Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(2), 528–543.
- Naceur, S. P. (2020). Covid-19 ist Wasser auf die Mühlen des EU-Grenzregimes. Migration und Biopolitik: Droht eine neue Ära der EU-Grenzkontrollpolitik? Online-Publikation 14/2020. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Neuhauser, J., El-Roumy, M. & Weixenberger, Y. (2021). „Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak“ – Migrantische Systemerhalter_innen bei Hygiene Austria und der Post AG. <https://tinyurl.com/2zbtyj5n> [05.02.2022].
- Noll, A. J. (2020). The Hidden State of Exception. Das Parlament im Verordnungsstaat – eine verschwindende Größe. In T. Schmidinger & J. Weidenholzer (Hrsg.), *Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen*. Wien: Bahoe Books, 342–351.
- Noll, Alfred J. (2021). Vom Gesetzesstaat zum Verordnungsstaat. In Österreichische Juristenkommission (Hrsg.), *Verfassungsfragen der Corona-Gesetzgebung*, Bd. 55 (S. 9–22). Wien: Linde.
- Oberndorfer, L. (2020). Auf zum grünen Festungskapitalismus. *Tagebuch*, 7/8/2020, S. 30–33.
- Oberndorfer, L. & Prausmüller, O. (2021). Globale Impfungleichheit: Wer hat, dem wird gegeben. A&W Blog. <https://awblog.at/globale-impfungleichheit/> [20.09.2021].
- Offe, C. (1984). „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt: Campus.
- Opratko, B. (2019). Autoritäre Wende, populistische Wette. In R. Daellenbach, B. Ringger & P. Zwicky (Hrsg.), *Reclaim Democracy. Demokratie stärken und weiterentwickeln* (S. 141–148). Zürich: Edition 8.
- Opratko, B. (2020). Die Kultur der Ablehnung. *Tagebuch*, 7/8/2020, S. 16–21.
- Opratko, B., Bojadžijev, M., Bojanić, S. M., Fiket, I., Harder, A., Jonsson, S. et al. (2021). Cultures of Rejection in the Covid-19 Crisis. *Ethnic and Racial Studies*, 44(5), 893–905.
- Oxfam (2022). Gewaltige Ungleichheit. Warum unser Wirtschaftssystem von struktureller Gewalt geprägt ist und wie wir es gerechter gestalten können. Berlin: Oxfam.
- Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Spangenberg, J. & Kraus-Polk, A. (2019). Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. Brüssel: EEB [European Environmental Bureau]. <https://tinyurl.com/492bn5tm> [06.01.2021].
- Petersen, T. (2020). Globale Lieferketten zwischen Effizienz und Resilienz. *Ifo Schnelldienst*, 73(5), 7–10.
- Pianta, M., Lucchese, M. & Nascia, L. (2016). What is to be Produced? The Making of a New Industrial Policy in Europe. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brussels Office.
- Polanyi, K. (1977 [1944]). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Europaverlag.
- Prainsack, B. (2020). Vom Wert des Menschen. Warum wir ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen. Wien: Brandstätter.
- Pritchard, H. & Gabrys, J. (2016). From Citizen Sensing to Collective Monitoring: Working through the Perceptive and Affective Problematics of Environmental Pollution. *GeoHumanities*, 2(2), 354–371.
- Rappold, E., Juraszovich, B., Weißenhofer, S. & Edtmayer, A. (2021). Taskforce Pflege, Begleitung des Prozesses zur Erarbeitung von Zielsetzungen, Maßnahmen und Strukturen. *Gesundheit Österreich*, Wien.
- Raza, W. (2020). Offene Märkte oder strategische Autonomie? Die EU-Außenwirtschaftspolitik am Scheideweg. *Infobrief EU & international*, 3, 22–28.
- Raza, W., Grumiller, J., Grohs, H., Essletzbichler, J. & Pintar, N. (2021). Post Covid-19 Value Chains: Options for Reshoring Production Back to Europe in a Globalised Economy. Policy Department for External Relations Directorate General for External Policies of the Union PE 653.626.

- Reinhart S. (2021). Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Frankfurt: Campus.
- Rodrik, D. (2008). Normalizing Industrial Policy. Working Paper No. 3. Commission on Growth and Development. Washington, D.C.: World Bank.
- Roitman, J. (2013). Anti-Crisis. Durham, NC: Duke University Press.
- Roth, K. (2022). Blinde Passagiere. Die Corona-Pandemie und die Folgen. Berlin: Kunstmann.
- Salleh, A. (2017). Ecofeminism as Politics: Nature, Marx and the Postmodern. London: Zed Books.
- Salomon, D. (2021). Recht auf Politik! Grundrechte und Demokratie in der Corona-Krise. In G. Hentges, G. Gläser & J. Lingenfelder (Hrsg.), Demokratie im Zeichen von Corona (S. 65–84). Marburg: Metropol.
- Sauer, B. (2010). Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. Kurswechsel, 1, 38–46.
- Schilliger, S. (2021). Verschärfte Normalität im Ausnahmezustand. Transnationale Care-Arbeit in Privathaushalten unter Covid-19. <https://tinyurl.com/2re24ft9> [21.01.2021].
- Schindler, S. (2021). Asiatische Menschen in Deutschland: Wenn selbst der Rassismus „unsichtbar“ bleibt. Überblick, 2, 10–13.
- Schmalz, S. (2018). Machtverschiebungen im Weltsystem: Der Aufstieg Chinas und die große Krise. Frankfurt: Campus.
- Schmelzer, M. & Vetter, A. (2019). Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Schmidinger, T. (2004). Struktureller Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik. In AstA der Geschwister-Scholl-Universität München (Hrsg.), Spiel ohne Grenzen – Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung. Berlin. <https://tinyurl.com/4yna256b> [25.05.2021].
- Schönherr, D. (2021). Zur Situation von Arbeitslosen in Österreich 2021. Wien: SORA.
- Schoppek, D. & Krams, M. (2021). Challenging Change. Understanding the Role of Strategic Selectivities in Transformative Dynamics. Interface, 13(1), 104–128.
- Schulze Buschoff, K. & Emmeler, H. (2021). Selbstständige in der Krise. Policy Brief WSI Nr. 60. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut.
- Seymour, R. (2020). Preparing for the Worst: Disaster Nationalism. The Catastrophe of Catastrophe and Its Counter. Salvage, 11th September 2020 <https://salvage.zone/prepared-for-the-worst-disaster-nationalism/> [04.05.2022].
- Sigler, T., Mahmuda, S., Kimpton, A., Loginova, J., Wohland, P., Charles-Edwards, E. & Corcoran, J. (2021). The Socio-Spatial Determinants of Covid-19 Diffusion: The Impact of Globalisation, Settlement Characteristics and Population. Globalization and Health, 17(1), 56.
- Slobodian, Q. (2018). Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Smith, N. (2021). Bidenomics. Ein neues Paradigma für eine neue Zeit. Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, 57–64.
- Spiegel.de (2022): Heldinnen und Helden des Corona-Alltags. <https://www.spiegel.de/thema/heldinnen-und-helden-des-corona-alltags/> [22.09.2022].
- SPON [Spiegel Online] (2021). Bundesregierung will keine Geflüchteten aus Belarus aufnehmen. <https://tinyurl.com/2erafa6b> [18.11.2021].
- Staflinger, H. & Leichsenring, K. (2020). Covid-19: Das österreichische Gesundheits- und Pflegesystem am Limit. A&W Blog. <https://awblog.at/gesundheits-und-pflegesystem-am-limit/> [23.11.2021].
- Staflinger, H. & Z. Tahic (2020). Zeit, um Qualitätsstandards für die Gesundheit und Langzeitpflege neu zu denken. A&W Blog. <https://awblog.at/qualitaetsstandards-gesundheit-und-langzeitpflege-neu-denken/> [29.06.2022].
- Standing, G. (2011). The Precariat – The New Dangerous Class. London: Bloomsbury.
- Steffen, W., Sanderson, A., Tyson, P., Jäger, J., Matson, P., Moore, B. et al. (2005). Global Change and the Earth System: A Planet Under Pressure. Berlin: Springer.

- Stierl, M., & Dadusc, D. (2021). The „Covid Excuse“: European Border Violence in the Mediterranean Sea. *Ethnic and Racial Studies*, 45(8), 1453–1474.
- Stöllinger, R., Hanzl-Weiss, D., Leitner, S. & Stehrer, R. (2018). Global and Regional Value Chains: How Important, How Different? wiiw Research Report Nr. 427. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.
- Sulzbacher, M. (2021, 2. Dezember). Corona-Demos: Rechtsextreme wittern „Jahrhundertchance“. *Der Standard*. <https://tinyurl.com/363awtse> [06.06.2022].
- Sum, N.-L. & Jessop, B. (2013). *Towards a Cultural Political Economy. Putting Culture in its Place in Political Economy*. Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.
- Tálos, E. & Hinterseer, T. (2019). *Sozialpartnerschaft – ein zentraler Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende?* Innsbruck: StudienVerlag.
- The Economist (2019, 24. Januar). Slowbalization. The Future of Global Commerce. <https://www.economist.com/weeklyedition/2019-01-26> [12.03.2022].
- Thielhorn, L.-M. (2020). Corona-„Solidarität“. Bruch der neoliberalen Logik oder Zementierung der Festung Europa? Working Paper No 17, Forum Demokratieforschung der Philipps-Universität Marburg. <https://tinyurl.com/546ye3cu> [22.02.2022].
- Tooze, A. (2021). *Shutdown. How Covid Shook the World's Economy*. New York: Viking.
- Tröster, B. & Küblböck, K. (2020). Unprecedented But Not Unpredictable: Effects of the Covid-19 Crisis on Commodity-Dependent Countries. *The European Journal of Development Research*, 32(5), 1430–1449.
- Tsianos, V. & Kasperek, B. (2015). Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung. *Widersprüche*, 35(138), 9–22.
- UNCTAD [United Nations Conference on Trade and Development]. (2018). *World Investment Report 2018. Investment and New Industrial Policies*. <https://unctad.org/webflyer/world-investment-report-2018> [30.11.2022].
- Urban, H.-J. (2020). Corona und der Blick auf ein anderes Europa. Die EU steht vor einer ungewissen Zukunft. *Infobrief EU & International*, 3, 2–8.
- Verney, S. & Bosco, A. (2013). Living Parallel Lives: Italy and Greece in an Age of Austerity. *South European Society and Politics*, 18(4), 397–426.
- van Apeldoorn, B. & de Graaff, N. (2022). The State in Global Capitalism Before and After the Covid-19 Crisis. *Contemporary Politics*, 28(3), 306–327.
- von Winterfeld, U. (2006). *Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit*. München: Oekom.
- Walby, S. (2015). *Crisis*. Cambridge: Polity Press.
- Walker, D. & Anders, A. (2022). „China Virus“ and „Kung-Flu“: A Critical Race Case Study of Asian American Journalists' Experiences During Covid-19. *Cultural Studies – Critical Methodologies*, 22(1), 76–88.
- Wallace, R. (2020). *Was Covid-19 mit der ökologischen Krise, mit dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat*. Köln: Papyrossa.
- Wetzell, J. (2008). Verschwörungstheorien. In W. Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*. Band 3: Begriffe, Ideologien, Theorien (S. 334–337). Berlin: De Gruyter.
- Whitfield, D. (2019). *Public Alternative to the Privatisation of Life*. Nottingham: Spokesman Books.
- Wichterich, C. (2004). Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung: soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung. Working Paper 47/141. Wuppertal Papers. Wuppertal Institut.
- Wieviorka, M. (2012). Financial Crisis or Societal Meltdown? In M. Castells & J. Caraça & G. Cardoso (Hrsg.), *Aftermath: The Cultures of the Economic Crisis* (S. 82–104). Oxford: Oxford University Press.
- Windholz, E. L. (2020). Governing in a pandemic: from parliamentary sovereignty to autocratic technocracy. *The Theory and Practice of Legislation*, 8(1–2), 93–113.

- World Bank (2020). Commodity Markets Outlook. Persistence of Commodity Shock. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/34621/CMO-October-2020.pdf> [21.09.2020].
- WHO [World Health Organization]. (2020). Preventing and managing Covid-19 across long-term care facilities, WHO Policy Brief 24. <https://tinyurl.com/mryef4kn> [22.02.2022].
- Wray, L. R., Dantas, F., Fullwiler, S., Tcherneva, P. R., Kelton, S. A. (2018). Public Service Employment: A Path to Full Employment. Research Project Report. https://www.levyinstitute.org/pubs/rpr_4_18.pdf [22.02.2022].
- WTO [World Trade Organization]. (2020). Waiver From Certain Provisions of the TRIPS Agreement for the Prevention, Containment and Treatment of Covid-19. <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/IP/C/W669.pdf> [21.09.2021].
- WTO [World Trade Organization]. (2021). Members Discuss TRIPS Waiver, LDC Transition Period and Green Tech Role for Small Business. https://www.wto.org/english/news_e/news21_e/trip_11mar21_e.htm [19.03.2021].
- Zartler, U., Dafert, V., Harter, S. & Dirnberger, P. (2020). Frauen in Wien und Covid-19. Studie im Auftrag des Frauenservice Wien. Wien: Magistratsabteilung der Stadt Wien.